



ANKLAGEN

Winter 2023/2024

KOSTENLOS - ZUM MITNEHMEN



Zahl der Hinrichtungen im Iran drastisch gestiegen ■ Äthiopien: Versagen des Meta-Konzerns befeuert Gewalt gegen Zivilbevölkerung in Tigray ■ Mica- und Cobaltabbau: Kinder unter Tage ■ Glosse: Was ich davon hatte, die AfD zu wählen ■ Der Nahe Osten: Versuch eines historischen Überblicks

Inhalt

Editorial	2
Zahl der Hinrichtungen im Iran drastisch gestiegen	3
Äthiopien: Versagen des Meta- Konzerns befeuert Gewalt gegen Zivilbevölkerung in Tigray	6
Mica- und Cobaltabbau: Kinder unter Tage	10
Glosse: Was ich davon hatte, die AfD zu wählen	12
Der Nahe Osten: Versuch eines historischen Überblicks	16
Veranstaltungshinweis	20
Amnesty-Briefmarathon	21

Impressum

ANKLAGEN ist kein offizielles Amnesty-Organ. ANKLAGEN wird vom Amnesty-Bezirk Tübingen herausgegeben. In einzelnen Beiträgen, insbesondere in namentlich gekennzeichneten, wird nicht immer die Meinung von Amnesty International vertreten.

ANKLAGEN erscheint 4-mal jährlich. Der Bezug ist kostenlos.

Redaktion:

Benedikt Dorfner, Christian Eisenreich, Sophie Holzäpfel, Werner Hummel, Anna Kaufmann, Victoria Kropp, Joachim Lerchenmüller, Mandy Lüssenhop, Eva Scheerer (ViSdP), Heiderose Schwarz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

07.11.2023

Auflage: 4.100

Druck: Druckerei Deile, Tübingen.

Titelbild: Amnesty-Demonstration gegen die Todesstrafe im Iran, s. a. Artikel Seite 3

Foto: <https://www.amnesty.ch/de/>

Der Nachdruck aus ANKLAGEN ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren. Über Zuschriften und Beiträge freuen wir uns sehr.

ANKLAGEN im Internet:

Online-Ausgabe:

www.anklagen.de

E-Mail: info@amnesty-tuebingen.de

's ist Krieg! 's ist Krieg! O Gottes Engel wehre,
Und rede Du darein!

's ist leider Krieg – und ich begehre,
Nicht schuld daran zu sein!

Was sollt ich machen, wenn im Schlaf mit Grämen
Und blutig, bleich und blaß,
Die Geister der Erschlagenen zu mir kämen,
Und vor mir weinten, was?

Wenn wackre Männer, die sich Ehre suchten,
Verstümmelt und halb tot
Im Staub sich vor mir wälzten und mir fluchten
In ihrer Todesnot?

Wenn tausend tausend Väter, Mütter, Bräute,
So glücklich vor dem Krieg,
Nun alle elend, alle arme Leute,
Wehklagten über mich?

Wenn Hunger, böse Seuch und ihre Nöten
Freund, Freund und Feind ins Grab
Versammelten, und mir zu Ehren krächten
Von einer Leich' herab?

Was hülf mir Kron' und Land und Gold und Ehre?
Die könnten mich nicht freun!
's ist leider Krieg – und ich begehre,
Nicht schuld daran zu sein!

Liebe Freundinnen und Freunde,

diese Verse kommen mir in den Sinn, wenn ich aktuelle Nachrichten lese oder höre. Das „Kriegslied“ von Matthias Claudius stammt aus einer Zeit, da absolutistische Könige Kriege vom Zaun brachen, weil sie mit der Erbfolgeregelung in einem anderen Staat nicht einverstanden waren.

Gründe für militärische Gewaltanwendung finden sich immer, seien es Regierungen, paramilitärische Einheiten oder terroristische Vereinigungen, die zu den Waffen greifen. Ein Vierteljahrtausend nach dem Bayerischen Erbfolgekrieg von 1778/79 sind die Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen für die Menschen – Zivilisten wie Soldaten – heute nicht etwa weniger schlimm, sondern schlimmer. Das Leid der Menschen in Afghanistan, in Äthiopien, im Gaza-Streifen, im Irak, in Israel, im Jemen, in der Demokratischen Republik Kongo, im Libanon, in Myanmar, in der Ukraine und in Syrien (um nur einige der knapp dreißig aktuellen Konfliktherde weltweit beim Namen zu nennen) ist groß – und wir begehren, nicht schuld daran zu sein.

Wir Menschen lernen aus Katastrophen. Das humanitäre Völkerrecht, auf das sich die Weltgemeinschaft im 19. und 20. Jahrhundert verständigte, soll Zivilpersonen, Gebäude, Infrastruktur und die Umwelt vor den Auswirkungen von Kriegsbandlungen so weit als möglich schützen. Die Menschenrechte zu achten, das humanitäre Völkerrecht durchzusetzen und die Verantwortlichen für Gewalt, Terror und Angriffskrieg vor internationalen und nationalen Gerichten zur Rechenschaft zu ziehen, muss im Interesse aller demokratischen Gesellschaften sein.

Amnesty International wird auch im 63. Jahr ihres Bestehens weiter für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte arbeiten. Ihre Mithilfe ist dringend notwendig und sehr willkommen. Engagieren Sie sich bitte, wo und wie Sie können. Nähere Informationen finden Sie, indem Sie dem QR-Code folgen.

Joachim Lerchenmüller



Sie finden das Amnesty-Büro in der
Wilhelmstr. 105 (im Glasanbau, Untergeschoss), 72074 Tübingen
Internet: www.amnesty-tuebingen.de

Beratungstermine für Interessenten:

donnerstags um 20 Uhr (während des Semesters)

Es wird empfohlen, per E-Mail einen Termin zu vereinbaren:
hsg@amnesty-tuebingen.de

„Wenn die Welt nicht mehr hinsieht, werden sie uns alle töten“

Aussage von Aktivistinnen im Iran im Herbst 2022

In dem Bericht „Death sentences and executions 2022“ vom Mai 2023 dokumentiert Amnesty International 883 Hinrichtungen im letzten Jahr – dies ist der höchste Stand seit fünf Jahren. Hinrichtungen in China, Nordkorea und Vietnam wurden dabei nicht berücksichtigt, da diese Länder die Anwendung der Todesstrafe als Staatsgeheimnis einstufen und daher keine Zahlen bekannt geben. Daten aus früheren Jahren sowie eine Reihe aktueller Quellen deuten jedoch darauf hin, dass jedes Jahr allein in China Tausende von Menschen hingerichtet werden. Iran ist nach China das Land mit den meisten verhängten und ausgeführten Todesurteilen. Nach dem gewaltsamen Tod der jungen Kurdin Jina Mahsa Amini im September 2022 kam es zu landesweiten Protesten gegen die Regierung, bei denen Zehntausende verhaftet wurden. Einige von ihnen wurden hingerichtet, weiteren Demonstranten droht die Todesstrafe.

Seit 1977 ist die weltweite Abschaffung der Todesstrafe eines der wichtigsten Anliegen von Amnesty International. Damals hatten nur 16 Länder diese Strafe per Gesetz oder in der Praxis abgeschafft, heute sind es 144, knapp drei Viertel aller Staaten. Dieser Erfolg wird getrübt, weil seit einigen Jahren die Zahl der Hinrichtungen wieder steigt. Aktuell sind dafür Länder in der Region Naher Osten und Nordafrika verantwortlich.

Die von Amnesty veröffentlichten Zahlen beinhalten nur die Fälle, die Amnesty International durch Recherche sicher dokumentieren und bestätigen konnte. Nicht berücksichtigt werden also Exekutionen in China, Nordkorea und Vietnam sowie außergerichtliche Hinrichtungen. Einige Staaten stellen nicht alle Daten über die Zahl der Todesurteile und Hinrichtungen zur Verfügung. Außerdem sind Informationen wegen bewaffneter Konflikte oder aus anderen Gründen zum Teil nur eingeschränkt zugänglich. Die von Amnesty angeführten Zahlen sind also Mindestwerte, die tatsächlichen Zahlen liegen in einigen Ländern vermutlich um einiges höher.

Von China abgesehen fanden 90 Prozent der weltweit dokumentierten Hinrichtungen in nur drei Ländern statt: Iran, Saudi-Arabien und

Ägypten. Die Zahl der erfassten Hinrichtungen im Iran stieg von 314 im Jahr 2021 auf 576 im Jahr 2022; in Saudi-Arabien verdreifachte sich die Zahl von 65 im Jahr 2021 auf 196 im Jahr 2022 – die höchste Zahl, die von Amnesty in den letzten 30 Jahren dort dokumentiert wurde –, während in Ägypten 24 Menschen hingerichtet wurden, gefolgt von den USA mit 18 Exekutionen.

Hinrichtungswelle im Iran nach unfairen Gerichtsverfahren

Im September 2022 starb die 22-jährige Jina Mahsa Amini nach Gewaltanwendung der iranischen Sittenpolizei. Sie war wegen des Vorwurfs festgenommen worden, ihr Kopftuch nicht vorschriftsmäßig zu tragen. Ihr Tod löste landesweit massive von Frauen angeführte Proteste aus. Hunderttausende gingen auf die Straße und skandierten „Frau, Leben, Freiheit“. Die Behörden reagierten mit brutaler Gewalt: Hunderte Menschen wurden von Sicherheitskräften getötet, darunter Dutzende Kinder. Tausende wurden verletzt, Zehntausende verhaftet. Mindestens sieben der Demonstranten wurden bereits hingerichtet – nach äußerst unfairen Scheinprozessen mit Geständnissen unter Folter

und anderen Misshandlungen. Den Protestierenden werden vor allem zwei Delikte vorgeworfen, auf die die Todesstrafe steht: „Verderbenstiften auf Erden“ (auch „Verdorbenheit oder Korruption auf Erden“ genannt) und „Kampf gegen Gott“ (auch „Feindschaft zu Gott“ genannt). Amnesty International kritisiert diese vagen Begriffe, darunter könnten jegliche Handlungen gefasst werden, die gegen das politische System gerichtet sind.

Im Dezember 2022 wurden Mohsen Shekari und Majidreza Rahnavard exekutiert. Die beiden jungen Männer waren nach einem unfairen Schnellverfahren wegen „Feindschaft zu Gott“ zum Tod verurteilt worden. Shekari soll „eine Straße in Teheran blockiert, Angst verbreitet, Menschen ihrer Freiheit und Sicherheit beraubt und eine Sicherheitskraft vorsätzlich mit einer Waffe (Messer) verletzt“ haben. Rahnavard wurde beschuldigt, zwei Angehörige der paramilitärischen Basidsch-Miliz, die mit roher Gewalt gegen Demonstranten vorgeht, erstochen zu haben. Dieser Vorwurf ist meist konstruiert und wird gezielt gegen Demonstranten eingesetzt. Im Januar dieses Jahres wurden der 22-jährige Mohammad Mehdi Karami und der 39-jährige Seyed Mohammad Hosseini erhängt. Sie wurden für



Im Januar 2023 wurde der 22-jährige Mohammad Mehdi Karami nach einem unfairen Verfahren erhängt.

Foto: https://twitter.com/amnesty_de

den Tod eines Mitglieds der Basidsch-Miliz verantwortlich gemacht. Drei weitere Protestierende wurden im Mai 2023 hingerichtet: Majid Kazemi (30), Saleh Mirhashemi (36) und Saeed Yaghoubi (37) wurden der „Korruption auf Erden“ angeklagt. Sie sollen nach schwerer Folter den Mord an drei Basidsch-Mitgliedern gestanden haben. Vielen weiteren Teilnehmern der Proteste drohen ebenfalls Todesurteile und Hinrichtungen. Die Prozesse finden vor Revolutionsgerichten statt, die für die Mehrheit der Todesurteile verantwortlich sind.

Auch andere politische Dissidenten sind in Gefahr, hingerichtet zu werden. Zum Beispiel der Deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd aus Hannover, der während einer Geschäftsreise in Dubai vom iranischen Geheimdienst entführt und wegen „Verdorbenheit auf Erden“ zum Tod verurteilt wurde. Er könnte jederzeit exekutiert werden.

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2023 wurden mindestens 411 Menschen hingerichtet. Iran Human Rights – eine politisch unabhängige Menschenrechtsorganisation inner- und außerhalb des Iran – meldete allein im Mai 2023 mindestens vier Hinrichtungen täglich. Vermutlich liegen die Zahlen wesentlich höher. Unter den Hingerichteten sind neben den Demonstranten und politischen Dissidenten, zu denen auch Kulturschaffende zählen, Angehörige

ethnischer und marginalisierter Gruppen und Menschen, die wegen Drogendelikten verurteilt wurden. Sogar Kinder und Jugendliche wurden gefoltert und hingerichtet.

Im April 2023 wurde Ahmad Nikouyi wegen „Ehebruch“ mit einer verheirateten Frau hingerichtet. Im Mai 2023 folgte die Exekution von zwei Nutzern Sozialer Medien: Yousef Mehrdad und Sadrollah Fazeli Zare wurden u. a. wegen „Apostasie“ und „Beleidigung des Islamischen Propheten“ zum Tod verurteilt.

Aktuell trifft die Todesstrafe vor allem Personen, die wegen Drogendelikten verurteilt wurden – das sind vorwiegend Menschen aus marginalisierten, von Armut geprägten Verhältnissen sowie ethnische Minderheiten. So waren fast 20 Prozent der aktuell wegen Drogendelikten hingerichteten Personen Angehörige der verarmten und verfolgten ethnischen Minderheit der Belutschen, obwohl diese nur etwa fünf Prozent der iranischen Gesamtbevölkerung ausmachen. Zwei Drittel aller Exekutionen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres erfolgten wegen angeblicher oder tatsächlicher Drogendelikte.

„Die Schmerzen über den Verlust enden nie“

Der unfassbare Leid, das eine Hinrichtung auch bei den Angehörigen verursacht, zeigt der im September 2023 erschienene Film über das Schicksal von Reyhaneh Jabbari,



Die junge Studentin Reyhaneh Jabbari vor Gericht – sie wurde 2014 hingerichtet.

Foto: <https://www.amnesty.de>

die mit 26 Jahren hingerichtet wurde: „Sieben Winter in Teheran“ von Steffi Niederröll. Der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter Morteza Abdolali Sarbandi hatte die 19-jährige Studentin Reyhaneh, die nebenberuflich als Innenarchitektin tätig war, angesprochen. Er sei Arzt und sie solle ihm bei der Einrichtung einer Praxis helfen. Er lockte sie in eine Wohnung und versuchte, sie zu vergewaltigen. Reyhaneh erstach ihn in Notwehr. Sie wurde wegen Mordes angeklagt und in einem unfairen Prozess zum Tode verurteilt. Beweismittel wurden nicht berücksichtigt oder unterschlagen, man verweigerte der Angeklagten einen Rechtsbeistand und tauschte den Richter aus, wodurch sich die anfängliche Aussicht auf einen Freispruch zerschlug. Nicht zuletzt aufgrund des Engagements der Mutter, Shole Pakravan, wurde der Fall international bekannt. Shole Pakravan gab ihren Beruf als Schauspielerin auf und versuchte verzweifelt, das Leben ihrer Tochter zu retten. Menschenrechtsorganisationen und politische Institutionen weltweit intervenierten. Hunderttausende Menschen unterzeichneten eine Petition, in der sie eine Aufhebung des Urteils forderten. Trotz allem wurde die Todesstrafe nach zweimaligem Aufschub vollstreckt. Shole Pakravan wurde zur Kämpferin gegen die Todesstrafe und lebt seit 2017 mit ihren beiden anderen Töchtern im Exil in Deutschland. Sie sagt: „Die Schmerzen über den Verlust enden nie.“ Die Hinrichtungen im Zusammenhang mit den aktuellen Protesten im Iran reißen die Wunde erneut auf. Der Vater musste in Teheran bleiben, ihm wurde der Pass abgenommen. Ihm ist nur das Grab der Tochter geblieben.

Verletzung des Völkerrechts

Die aktuell im Iran laufenden „Prozesse“ erfüllen nicht die rechtsstaatlichen Mindeststandards. Die verhängten Todesurteile wurden in unfairen Schnellverfahren gefällt. Der Internationale Pakt über bür-

gerliche und politische Rechte, den Iran ratifiziert hat, erlaubt die Todesstrafe nur für „schwerste Verbrechen“. Der UN-Menschenrechtsausschuss, der für die Auslegung des Paktes zuständig ist, versteht darunter nur Verbrechen von „äußerster Schwere“, die eine vorsätzliche Tötung beinhalten. Der Ausschuss machte deutlich, dass Drogendelikte nicht dazugehören und dass die Todesstrafe niemals für Verhaltensweisen verhängt werden darf wie beispielsweise „Ehebruch“, „Apostasie“, die „Beleidigung eines Staatsoberhauptes“ oder wegen „Homosexualität“.

Im Iran wurden 2022 mindestens fünf Personen hingerichtet, die zum Zeitpunkt der ihnen vorgeworfenen Tat unter 18 Jahre alt waren. Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte und die UN-Konvention über die Rechte des Kindes, die ebenfalls vom Iran ratifiziert wurde, verbieten jedoch die Verhängung der Todesstrafe für minderjährige Straftäter. Dies bedeutet, dass eine Person wegen dieser Straftat nie mit der Todesstrafe belegt werden darf, egal wie alt sie zum Zeitpunkt des Urteils oder der vorgesehenen Vollstreckung ist. Nach Informationen der UN vom Februar 2023 sollen sich mindestens 85 minderjährige Straftäter in iranischen Todestrakten befinden.

Der Druck der Öffentlichkeit hilft

Neben Kampagnen- und politischer Lobbyarbeit gegen die Todesstrafe versucht Amnesty International, einzelne Menschen vor der Hinrichtung zu bewahren, indem sie die Fälle an die Öffentlichkeit bringt. Internationale Aufmerksamkeit kann Leben retten, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Der preisgekrönte iranische Schauspieler **Hossein Mohammadi** wurde Anfang November 2022 während der Proteste im Iran verhaftet und beschuldigt, einen Angehörigen der paramilitärischen Basidsch-Miliz getötet zu haben. Der

26-Jährige wurde zunächst zum Tod verurteilt. Im April 2023 wurde das Todesurteil in eine zehnjährige Haftstrafe umgewandelt. Amnesty und zahlreiche Theater, auch in Deutschland, hatten sich für ihn eingesetzt. Im Oktober 2023 wurde er in den Verbrechertrakt des Kerman-Gefängnisses verlegt. Amnesty fordert seine Freilassung.

Saman Seydi (bekannt als Saman Yasin) ist ein junger Rapper, er gehört der verfolgten kurdischen Minderheit im Iran an. Er soll während der Proteste dreimal mit einer Pistole in die Luft geschossen haben, was die Behörden als „Feindschaft zu Gott“ einstufen. Nur wenige Wochen nach seiner Verhaftung Anfang Oktober 2022 wurde er von einem Revolutionsgericht in einem unfairen Verfahren zum Tode verurteilt. Die Behörden stützten sich dabei auf unter Folter erpresste Geständnisse. Nach Angaben der iranischen Behörden wurde das gegen ihn verhängte Todesurteil im Dezember 2022 aufgehoben.

Die iranische Aktivistin **Zahra Sedighi-Hamadani** (Sareh) und eine weitere junge Frau, **Elham Choubdar**, waren aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und weil sie sich für LGBTIQ-Rechte einsetzen von den iranischen Behörden wegen „Verdorbenheit auf Erden“ zum Tode verurteilt worden. Im Januar 2023 hob ein iranisches Gericht die Todesurteile auf, im März 2023 wurden beide freigelassen.

Ein Revolutionsgericht in Teheran verurteilte den jungen Demonstranten **Sahand Nourmohammad-Zadeh** im November 2022 zum Tode. Ihm wurde vorgeworfen, „Autobahngeländer niedergerissen und Mülltonnen und Reifen angezündet“ zu haben, um „Frieden und Ordnung zu stören und den islamischen Staat zu bekämpfen“. Medien berichteten Ende Dezember 2022, dass das Todesurteil aufgehoben worden sei und neu verhandelt werden solle.



Die iranische LGBTIQ-Aktivistin Zabra Sedighi-Hamadani: Nach internationalen Protesten wurde das Todesurteil gegen sie aufgehoben, im März 2023 wurde sie freigelassen.

Foto: <https://www.amnesty.de>

Der 22-jährige Demonstrant **Mahan Sadrat (Sedarat) Madani** wurde Anfang November 2022 nach einem grob unfairen Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt. Im Dezember 2022 gab sein Anwalt öffentlich bekannt, dass der Oberste Gerichtshof die Vollstreckung des Todesurteils aufgehoben habe.

Resolution zur Einrichtung einer Untersuchungskommission verabschiedet

Der UN-Menschenrechtsrat verabschiedete am 24. November 2022 eine Resolution zur Einrichtung einer Untersuchungskommission, die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den im September 2022 ausgebrochenen Protesten im Iran untersuchen soll, insbesondere im Hinblick auf Frauen und Minderjährige. Dass der UN-Menschenrechtsrat sich überhaupt mit dem Thema befasste, ist auf internationalen Druck zurückzuführen, zu dem auch Amnesty International beigetragen hat. Weltweit hatten mehr als eine Million Menschen aus 218 Staaten und Regionen Amnesty-Petitionen unterschrieben und sich der Forderung nach unabhängigen Untersuchungen angeschlossen.

Eva Scheerer

Eine globale Petition zu den Hinrichtungen im Iran findet man unter:

<https://www.amnesty.org/en/petition/stop-the-execution-spree-in-iran>

Äthiopien: Versagen des Meta-Konzerns befeuert Gewalt gegen Zivilbevölkerung in Tigray

Der Facebook-Mutterkonzern Meta hat zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung in der nordäthiopischen Region Tigray beigetragen. Dies geht aus einem neuen Bericht von Amnesty International hervor: Hass-Posts wurden auf Metas Plattformen nicht entfernt, und die algorithmischen Systeme von Facebook begünstigten die Verbreitung von feindseligen Posts; entsprechende Warnungen von Menschenrechtsexpert:innen hat Meta ignoriert.

Lena Rohrbach, Expertin für Menschenrechte im digitalen Zeitalter bei Amnesty International in Deutschland, sagt: „Drei Jahre nach seinem vollständigen Versagen im Fall der Rohingya in Myanmar hat Meta durch seine Algorithmen und sein datenhungriges Geschäftsmodell erneut zu schweren Menschenrechtsverletzungen beigetragen. Vor dem Ausbruch des Konflikts in der Region Tigray ignorierte Meta Warnungen von Menschenrechtsorganisationen und dem eigenen Facebook-Aufsichtsrat. Selbst nach dem Beginn des Konflikts ergriff der Konzern keine Maßnahmen gegen die gewalttätigen und hasserfüllten Posts auf seinen Plattformen. Die massenhafte Verbreitung dieser Posts hat die angespannte Stimmung weiter aufgeheizt und zu Diskriminierung und Gewalt gegen die tigrayische Bevölkerung beigetragen.“

Die Facebook-Plattform ist für viele Äthiopier:innen eine wichtige Informationsquelle, die als vertrauenswürdig eingestuft wird. Doch die Algorithmen von Facebook haben verheerende Auswirkungen auf die Menschenrechte. Recherchen von Amnesty International ergaben, dass die algorithmischen Systeme von Facebook die Verbreitung feindseliger Rhetorik gegen die tigrayische Bevölkerung begünstigten. Gleichzeitig waren die Moderationssysteme der Plattform nicht in der Lage, solche Inhalte zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.

Diese Versäumnisse trugen beispielsweise zur Vertreibung der unabhängigen Journalistin Lucy Kassa und der Tötung des tigrayischen

Chemieprofessors Meareg Amare bei. Lucy Kassa musste aus dem Land fliehen, nachdem ein Regierungsaccount sie auf Facebook mit einem Foto angeprangert hatte und die Postings viral gingen. Meareg Amare wurde von einer Gruppe von Männern getötet, nachdem er am 3. November 2021 mittels Facebook-Posts ins Visier genommen worden war.

Interne Dokumente von Meta, die von Amnesty International ausgewertet wurden, zeigen, dass der Konzern von den Unzulänglichkeiten seiner Schutzmaßnahmen und den damit verbundenen Risiken in Äthiopien wusste. Das Unternehmen selbst hat das Land als hochgradig gewaltgefährdet eingestuft. In einem internen Meta-Dokument aus dem Jahr 2020 wird gewarnt, „dass die derzeitigen Strategien zur Schadensbegrenzung nicht ausreichen“, um die Verbreitung schädlicher Inhalte auf Facebook in Äthiopien zu stoppen. Der eigene Facebook-Aufsichtsrat hat Meta im Jahr 2021 empfohlen, eine unabhängige Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung in Äthiopien durchzuführen.

Bei Meta sind die Algorithmen zur Gestaltung von Inhalten darauf ausgelegt, die Nutzer:innen so lange wie möglich auf der Plattform zu halten. Da verletzend, aufstachelnde und polarisierende Inhalte bei Nutzer:innen am meisten Aufmerksamkeit erregen, werden diese oft bevorzugt angezeigt. So stellt das Unternehmen eine anhaltende Gefahr für die Menschenrechte dar, insbesondere in Konfliktgebieten.

Metas „Trusted Partners“ haben das Vertrauen verloren

Meta hat ein weltweit operierendes „Trusted Partner Programme“, mit dem der Konzern Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Organisationen aufbaut, die dem Konzern dabei helfen zu verstehen, in welchen gesellschaftlichen Kontexten seine Plattformen operieren und welche Auswirkungen Facebook und andere Social Media des Konzerns dort haben. Die „Trusted Partners“ haben unter anderem die Möglichkeit, dem Konzern problematische Beiträge oder Benutzerkonten zu melden. Mehrere „Trusted Partners“ in Äthiopien berichteten gegenüber internationalen Medien von der Gleichgültigkeit, mit der Meta-Mitarbeitende reagiert hätten, als sie diese auf problematische Inhalte auf Facebook hingewiesen hätten – einschließlich des Beitrages, der Professor Meareg Amare betraf. Die Posts seien auch in zwei Videokonferenzen im Oktober 2021 beanstandet worden, worauf Meta jedoch nur mit der Zusage reagierte, diese Posts „beobachten“ zu wollen. Einer der „Trusted Partners“ sagte gegenüber Business Insider: „Facebook sagte unter anderem: ‚Wir sind keine Schiedsrichter in Sachen Wahrheit.‘ Ich erinnere mich, wie ich fragte, ob es nicht besser wäre, wenn Facebook Posts entfernt, die Leute physisch in Gefahr bringen können.“ Andere „Trusted Partners“ in Äthiopien berichten, dass Meta immer nur langsam auf dringende Warnungen reagiere und Mitarbeitende des Konzerns die lokale



Karte Äthiopiens © Creative Commons: Wikipedia

Expertise der Warnenden infrage stellten, indem sie deren Einschätzungen widersprachen. Das „Network Against Hate Speech“ wurde im Januar 2021 Teil des „Trusted Partner Programme“ und behauptet ebenfalls, dass Meta regelmäßig auf Warnungen nicht antwortete und indiziertes Material monatelang auf Facebook verbleibe. Amnesty International sprach mit Gelila, die für eine äthiopische zivilgesellschaftliche Organisation arbeitete, welche ein „Trusted Partner“ war:

„Sie reagieren extrem langsam auf Ereignisse und sie sind nicht empfänglich für das, was man ihnen sagt. Ich denke, sie haben Standards, die sehr weit weg sind von den Realitäten vor Ort. Wenn du Ortskenntnis hast, weißt du, welche Reaktionen bestimmte Dinge auslösen; möglicherweise kriegen sie das nicht in Überstimmung mit ihrer Hate Speech Policy, sie mögen ihre eigene Einschätzung haben in ihrem Büro da irgendwo im Westen, aber vor Ort weißt du genau, ob das im konkreten Zusammenhang Hate Speech ist oder nicht.“

Meta antwortete Amnesty International am 18. September 2023 auf die Informationen des Amnesty-Berichts über Metas Beitrag zu Men-

schenrechtsverletzungen in Tigray. Die Direktorin für Human Rights Policy des Meta-Konzerns, Miranda Sissons, verwies auf „due diligence“ des Konzerns, also darauf, dass Meta in seinem geschäftlichen Gebaren die gebotene Sorgfalt bezüglich seiner Human Rights Policy zeige. Sissons verwies unter anderem darauf, weitere unabhängige Personen und Organisationen gewonnen zu haben, die dem Konzern Informationen über die Vor-Ort-Situation lieferten, und dass Meta seine Anstrengungen verstärkt hätte, gegen bedrohliche Inhalte vorzugehen, und in Addis Abeba Aufklärungskampagnen zur verantwortlichen Nutzung von Social Media lanciert hätte.

Die Pflicht, Menschenrechte zu achten

Lena Rohrbach, Amnestys Expertin für Menschenrechte im digitalen Zeitalter, sagt: „Auch Big-Tech-Unternehmen haben die Pflicht, die Menschenrechte zu achten. Wenn sie dies nicht tun, müssen sie für die von ihnen verursachten oder mitverantworteten Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden.“ Äthiopien ist mit einer

weiteren Sicherheitskrise in der Amhara-Region konfrontiert. Meta muss nun dringend Maßnahmen ergreifen, um die von Facebook ausgehenden Gefahren in Äthiopien einzudämmen. Angesichts der Warnungen von UN-Ermittler:innen vor möglichen zukünftigen Gräueltaten sind solche Schritte von entscheidender Bedeutung. Staaten müssen ihrer Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte nachkommen, indem sie Gesetze verabschieden und durchsetzen, um das Geschäftsmodell von Big Tech wirksam einzudämmen. Dazu gehört auch das Verbot gezielter Werbung auf der Grundlage invasiver Tracking-Praktiken.

Die Europäische Union verfügt mit dem Digital Services Act (DSA) und dem Digital Markets Act (DMA) seit kurzem über ein Regelwerk, das einen sicheren digitalen Raum schaffen soll, in dem die Grundrechte aller Nutzer:innen digitaler Dienste geschützt sind. Inwieweit dies innerhalb der EU gelingt, wird die Zukunft zeigen. Wichtig wäre jedoch, internationale Regelungen zu verabschieden, die weltweit garantieren, dass die Menschenrechte in sozialen Medien geachtet werden. Dass es dabei zu Ziel- und Interessenkonflikten zwischen einzelnen Menschenrechten kommt, ist unvermeidlich: Wo endet das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung (Artikel 19), wenn es um das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit des Einzelnen geht (Artikel 3) oder um Fragen der Staatsräson (Verbot der Verherrlichung des NS-Regimes in der Bundesrepublik)?

Lucy Kassa

Lucy Kassa ist eine freie Journalistin aus Äthiopien, die für Medien wie Al Jazeera, The Telegraph, The Guardian und The Los Angeles Times arbeitet. Die Organisation Reach all Women in WAR hat Lucy Kassa am 7. Oktober mit dem Anna-Politkowskaja-Preis 2023 ausgezeichnet, der an Frauen vergeben



*Die Journalistin Lucy Kassa lebt wegen verschiedener Angriffe heute in Europa.
Foto: © Lucy Kassa*

wird, die sich in bewaffneten Konflikten für Menschenrechte einsetzen. RAW in WAR ist eine internationale Non-Profit-Organisation, die Menschenrechtsverteidigerinnen sowie Frauen und Mädchen unterstützt, die Opfer bewaffneter Konflikte weltweit sind.

In ihrer Pressemitteilung hob RAW in WAR Kassas „Mut und Entschlossenheit hervor, die Welt über die brutale Behandlung von Zivilisten während des Bürgerkriegs in Äthiopien zu informieren und sich angesichts großer Gefahren für Frieden und Gerechtigkeit für die Frauen von Tigray einzusetzen“.

„Es bedeutet mir sehr viel, eine so große Ehre im Namen von Anna Politkowskaja zu erhalten, besonders in dieser Zeit, in der Straflosigkeit und Ungerechtigkeit in meinem Heimatland Äthiopien andauern“, sagte Kassa als Reaktion auf die Nachricht von ihrer Auszeichnung.

Lucy Kassa wurde nach der Veröffentlichung kritischer Beiträge über Menschenrechtsverletzungen in internationalen Medien, insbesondere über sexuelle Gewalt in Tigray, jedes Mal auf Facebook angegriffen – sowohl von regierungsnahen wie von regierungskritischen Facebook-Konten. Es gab aber auch reale Angriffe gegen sie: „Es waren körperliche Angriffe und Online-Propaganda, eine Online-Kampagne der äthiopischen Regierung, die eine Stellungnahme auf Facebook postete.

Es war eine große Kampagne, der Versuch, meine Arbeit zu diskreditieren“, sagte Lucy Kassa in einem Interview mit Amnesty International am 7. Juli 2023.

Am 8. Februar 2021 wurde die Journalistin in ihrem Haus in Addis Abeba von drei bewaffneten Männern in Zivil körperlich angegriffen, die drohten, sie wegen ihrer Berichterstattung umzubringen: Sie schreibe ‚schlechte Geschichten über Tigray‘. Die Angreifer stahlen ihren Computer und Bildmaterial. Der Angriff ereignete sich zu der Zeit, als Kassa an einer Geschichte für die Los Angeles Times arbeitete, in der es um eine Frau ging, die von eritreischen Soldaten vergewaltigt wurde, und andere Frauen, die in einem ländlichen Dorf in Tigray entführt wurden. Der Artikel erschien wenige Tage nach dem Angriff in der LA Times (11.02.2021). Nach Kassas Einschätzung wurde sie wegen ihrer Berichterstattung über den Krieg in Tigray angegriffen. „Ich wurde von den bewaffneten Männern über meine Beziehung zur TPLF-Junta [Volksbefreiungsfront von Tigray] verhört und [sagte] ihnen, dass ich nichts mit der TPLF zu tun habe“, so Kassa damals gegenüber der norwegischen Online-Zeitschrift Bistandsaktuell.

Nach diesem Angriff verließ Kassa Äthiopien und ging nach Nairobi, von wo aus sie ihre Berichterstattung fortsetzte. Als Reaktion auf einen Bericht über den mutmaßlichen Einsatz von Brandbomben in Tigray im Mai 2021 wurde Kassa Opfer eines Facebook-Angriffs von einem regierungsnahen Konto, das mehr als 200.000 Follower hat: Kassas Foto wurde gepostet und es wurde offen zu ihrer Verhaftung aufgerufen; der Post erhielt mehr als 6.000 Likes und 1.000 Kommentare, von denen viele zu Gewalt gegen Lucy Kassa aufriefen. Die Journalistin erinnert sich im Gespräch mit Amnesty International: „Es waren sehr üble, frauenfeindliche Kommentare und Aufrufe, mich anzugreifen – ich sollte gesteinigt werden, ich sollte vergewaltigt werden ...“ Kassa sah

sich gezwungen, nun auch Nairobi zu verlassen: „Mein Foto war auf Facebook, die Regierung und einflussreiche Aktivisten riefen zu Gewalt gegen mich auf, sagten, ich sollte gesteinigt werden und die Regierung sollte ‚irgendetwas gegen mich unternehmen‘. Ich war nicht mehr sicher in Nairobi.“

Lucy Kassa lebt heute in Europa, wo sie sich grundsätzlich sicher fühlt, Kontakte mit der äthiopischen Community vor Ort allerdings meidet wegen der Erfahrungen, die sie mit den Online-Angriffen auf ihre Person machte. Sie ist nach wie vor dabei, die psychologischen Folgen des Online-Hasses zu bewältigen, dem sie ausgesetzt gewesen ist:

„An einem bestimmten Punkt hasste ich meine Arbeit. Ich hasste es, Berichte zu recherchieren ... Das war das Ziel der Online-Angriffe, also hatten sie eine Wirkung. Sie haben meine seelische Gesundheit angegriffen.“

Meareg Amare

Meareg Amare war Professor für Chemie an der Universität in Bahir Dar (BDU), der Hauptstadt der Region Amhara in Äthiopien. Er wurde am 3. November 2021 vor seinem Haus erschossen. Sein Sohn, Abraham Amare, macht Facebook für den Tod des Vaters verantwortlich: Am 9. Oktober 2021 wurde der aus Tigray stammende Professor erstmals auf der anonym betriebenen Facebook-Seite „BDU Staff“ diffamiert und ein Foto von ihm gepostet. Auf der Seite warf man ihm vor, an der Universität Unterschlupf gesucht zu haben, weil er Verfehlungen begangen habe; in den Kommentaren auf der Facebook-Seite riefen Nutzer zur Gewalt gegen den Professor auf und insinuierten, Amare stelle ein Sicherheitsrisiko für die ethnische Gruppe der Amhara dar. Am folgenden Tag gab es einen weiteren Post, in dem auch das Wohnviertel genannt wurde, in dem Amare in Bahir Dar lebte. Der Vorwurf an den Professor lautete nun, er sei an Tötungsaktionen be-

teiligt gewesen und habe die Tigray People's Liberation Front (TPLF) bei militärischen Aktionen unterstützt, außerdem sei er korrupt.

Meareg Amares Witwe, Nigist Hailu, teilte Amnesty International mit, dass ihr Mann nach der Veröffentlichung und Weiterverbreitung der Facebook-Posts anders behandelt wurde: Nachbarn, mit denen sie zuvor freundlichen Umgang hatten, wandten sich ab und scheuten jeden weiteren Kontakt. Meareg's Sohn, Abrham, war geschockt, als er die Kommentare unter den Posts über seinen Vater las, weil sie klare Anforderungen zur Gewalt enthielten. Abrham meldete Facebook diese Posts und Kommentare ab dem 14. Oktober 2021 wiederholt – eine erste Antwort von Meta erhielt er am 11. November, acht Tage nach der Ermordung seines Vaters. Abrham Meareg wusste um die Beliebtheit und Reichweite von Facebook in Äthiopien, weshalb ihm die Gefahr der Posts sofort klar war. Gegenüber Amnesty International sagte er am 11. April 2023: „Ich wusste, dass Facebook schon 2018 eine große Rolle bei der Mobilisierung von Menschen gespielt hatte, was die damalige Regierungskoalition zu Reformen gezwungen hatte. Also ist mir klar, dass Facebook sehr einflussreich ist, und mir war klar, dass diese Posts gravierende Konsequenzen für meine Familie haben würde: Ich wusste, dass es das Todesurteil für meinen Vater war.“



Der tigrayische Chemieprofessor Meareg Amare

Foto: Facebook-Account



Trauer um Meareg Amare, der ermordet wurde, nachdem er mittels Facebook-Posts ins Visier genommen worden war.

Foto: © Amnesty International

Am 3. November 2021 folgte eine Gruppe von Männern Professor Amare von der Universität nach Hause und schossen ihn auf offener Straße nieder. Während mehrerer Stunden hielten die Attentäter bei dem Schwerverletzten aus und bedrohten Passanten, die medizinische Hilfe leisten wollten, mit dem Tod.

Abrham Meareg sowie das Katiba Institute, eine in Kenia verortete zivilgesellschaftliche Organisation, reichten 2022 am Obersten Gericht

in Kenia gegen Meta eine Anklageschrift ein. Sie werfen dem Konzern vor, Hass-Posts nicht ausreichend zu moderieren und damit für den äthiopischen Bürgerkrieg mitverantwortlich zu sein. Sie fordern das Gericht auf, Meta zu verpflichten, eine Reihe von Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Verbrei-

tung schädlicher gewalttätiger Inhalte auf Facebook zu verhindern. Zu den geforderten Maßnahmen gehören: der größere Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen in Nairobi bei der Moderation von Facebook-Inhalten sowie die Schaffung eines Entschädigungsfonds in Höhe von 2 Milliarden US-Dollar für die weltweiten Opfer von Gewalttaten, zu denen in Facebook-Posts aufgerufen wurde.

Joachim Lerchenmüller

Bürgerkrieg in Nordäthiopien

Der Bürgerkrieg in der äthiopischen Provinz Tigray begann im November 2020 über die Frage, ob Regionalwahlen stattfinden könnten. Im Hintergrund geht es auch um Rivalitäten zwischen ethnischen Gruppen in den äthiopischen Provinzen. Die Gewalt in der Provinz Tigray endete erst zwei Jahre später, als auf Vermittlung der Afrikanischen Union, der ostafrikanischen Staatengemeinschaft und der UNO ein Waffenstillstand vereinbart werden konnte. Zur militärischen Auseinandersetzung zwischen der äthiopischen Zentralregierung und der lange in Tigray regierenden TPLF war es gekommen, als Letztere versuchten, die Kontrolle über die Region zu behalten. Das äthiopische Militär erhielt in diesem Konflikt Unterstützung aus dem Nachbarland Eritrea und von ethnischen Milizen, vor allem aus der benachbarten Amhara-Region. Der Krieg weitete sich mit der Zeit auf weitere Regionen des Landes aus und führte zu einer humanitären Katastrophe. In der Provinz Amhara eskaliert die Auseinandersetzung zwischen regionalen Milizen und dem äthiopischen Militär seit dem Frühjahr 2023, weil die Zentralregierung beschloss, die regionalen Milizen in die regulären militärischen Einheiten einzugliedern und damit faktisch zu entwaffnen. Dagegen wehrt sich vor allem die amharische Fano-Miliz, die bis Ende 2022 an der Seite der Zentralregierung gegen die TPLF gekämpft hatte. Menschenrechtsorganisationen berichteten über massive Kriegsverbrechen auf allen Seiten seit Beginn der Konflikte Ende 2020. Beobachter der Vereinten Nationen gehen von mehr als einer halben Million Toten seit Kriegsbeginn aus. Der Konflikt ist nach Angaben des Forschungsinstituts International Crisis Group (ICG) „einer der tödlichsten weltweit“.

Mica- und Cobaltabbau: Kinder unter Tage

Im Zuge der notwendigen Abkehr von fossilen Brennstoffen und Mikroplastik wird händeringend nach Alternativen gesucht. Die Energiewende hat zu einer sprunghaft gestiegenen Nachfrage nach seltenen Erden und Mineralen wie Cobalt und Mica geführt. Cobalt ist vielseitig einsetzbar und gehört neben Lithium und Kupfer zu den Kernbestandteilen von Batterien, die unter anderem in Elektrofahrzeugen und Mobiltelefonen zum Einsatz kommen. Das Schichtsilikat Mica wird aufgrund seiner relativ einfachen Handhabung und glitzernd-schimmernden Erscheinung als Pigment in Farben, Kosmetika und Lacken eingesetzt. Sein Ruf als vermeintlich nachhaltiger Ersatz für Mikroplastik beschert ihm derzeit einen massiven Nachfrageschub. Kinderarbeit muss dabei helfen, die Nachfrage nach Stoffen wie Cobalt und Mica zu stillen.

Der Weg von Kinderarmut zu Kinderarbeit ist meist kurz. Dies zeigt sich besonders in der Nähe der natürlichen Vorkommen von Cobalt und Mica. Dort verdienen sich zahlreiche Kinder ihre kümmerlichen Mahlzeiten mit dem schmerzhaften Wühlen durch Schutthaufen in abgelegenen oder verlassenen Minen-gruben. Ihre kostbaren Funde liefern sie für mickrigen Lohn bei einem der örtlichen Schwarzhändler ab, der sie über ein organisiertes Netz skrupelloser Zwischenhändler in den offenen Handel manövriert. Die Exporteure gaukeln Unwissenheit vor, und die Abnehmer verschließen bewusst die Augen.

Mica aus indischer Kinderarbeit

Dreckige, zerkratzte Kinderhände sind in den illegalen sogenannten „Glitzerminen“ Indiens, in denen kristallines Roh-Mica abgebaut wird, inzwischen ein gewohnter Anblick. Eine gemeinsam vom niederländischen Zentrum für die Erforschung multinationalaler Unternehmen (SOMO, somo.nl) und *terres des hommes* Niederlande (TDH, terredeshommes.nl) veröffentlichte

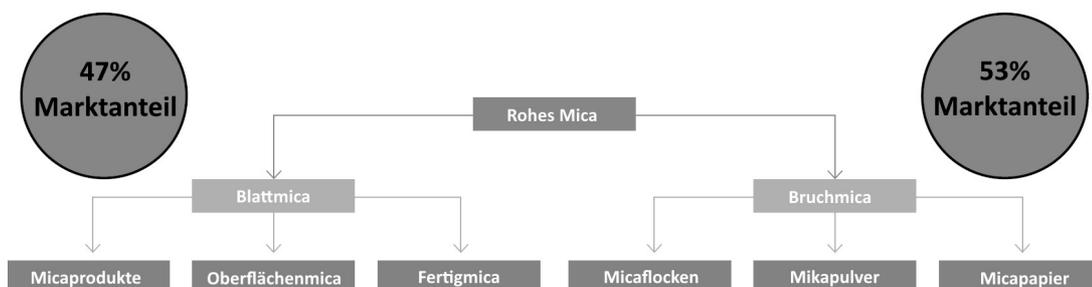
Untersuchung skizzierte 2016 die Zustände in den Mica-Minen und die globalen Zusammenhänge. Zu diesem Zeitpunkt waren rund 22.000 Kinder als Minenarbeiter in den indischen Bundestaaten Jharkhand and Bihar eingesetzt. Während typische Minenarbeit schon gesunde Erwachsene körperlich stark fordert, ist sie für schwache Kinder eine lebensgefährliche Qual. Es kommt zu zahlreichen Schürfwunden und Knochenbrüchen, und der aufgewühlte Staub verursacht irreparable Lungenschäden. Die Kinder tragen in der Regel keinen oder nur rudimentären Atemschutz. Die Sterberate ist daher erschreckend hoch; allein in einem Zeitraum von zwei Monaten konnte TDH sieben tödliche Arbeitsunfälle von Minderjährigen recherchieren.

Das indische Mica ist für seine hohe Qualität auf dem Weltmarkt stark begehrt. Dort und in Madagaskar werden laut SOMO gesichert Kinderarbeiter eingesetzt. Für ein weiteres Dutzend Länder gab es 2016 Anzeichen von Kinderarbeit, so erfüllten unter anderem Brasilien und Pakistan mindestens zwei der

fünf von SOMO und TDH angelegten Kriterien. Einer der Indikatoren ist der nachgewiesene Abbau anderer Rohstoffe durch Kinder – für Pakistan sind dies Ziegelsteine, Kohle, Salz und Edelsteine. Man kann also davon ausgehen, dass auch das pakistanische Mica durch Kinderhände geht. Als Abnehmerstaaten des schmutzigen Glimmers und Tore zum Weltmarkt werden China, Südkorea, Taiwan und Russland genannt. Alle Firmen, die von dort ihr Mica beziehen, gehen bewusst das hohe Risiko ein, dass Kinderarbeit involviert ist.

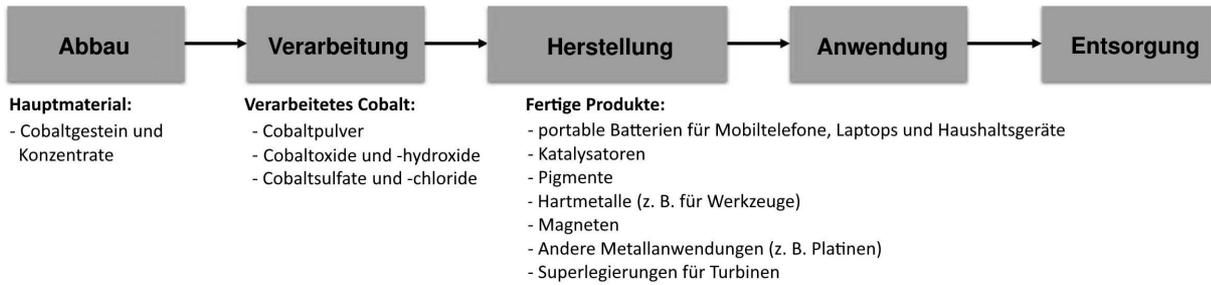
Permanente Lebensgefahr

Die Minenschächte sind tief, schmal und liegen oft in Gebieten ohne ausreichende Gesundheits- und Bildungsversorgung. Relativ ungebildete arme Familien sind gezwungen, dort weit unter Mindestlohn zu arbeiten. Oft steigen Kinder gemeinsam mit ihren Eltern in die Micaminen ab. Unter Tage wird das Gestein mit einfachen Hämmern, Brechstangen und den bloßen Händen bearbeitet. Grundlegende Sicherheitsausrüstung wie Schutzhel-



Bruchmica wird vor allem in der Lack- und Kosmetikindustrie verwendet. Das kaum leitfähige Micapulver wird von der Elektronikindustrie als Füllstoff eingesetzt. Micaflocken enden unter anderem in Glanzpapier.

Quelle: SOMO/TDH



Cobalt wird in vielen Bereichen des modernen Lebens eingesetzt und ist eine zentrale Säule des technischen Fortschritts.

Quelle: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

me oder robuste Handschuhe sind die Ausnahme. Die Statik der Minenschächte wird nicht kontinuierlich überprüft, es besteht ständige Einsturzgefahr. Improvisierte Stützbalken beruhigen bestenfalls das Gewissen der Zwischenhändler, ohne einen echten Sicherheitsbeitrag für die Minenarbeiter zu leisten.

Die globale Nachfrage nach Mica wurde in den vergangenen Jahren durch die Mikroplastikdebatte massiv angeschoben, parallel ist der Bedarf der Auto- und Elektronikindustrie inzwischen geradezu unstillbar und kann auf legalen Wegen kaum noch gedeckt werden. Erst sehr langsam erkennen die Firmen an, dass sie sich im eigenen Interesse mit den Ursprüngen des Mica auseinandersetzen müssen. Punktuell wurden erste Transparenz-Offensiven gestartet, ausreichend ist dies jedoch bei weitem nicht. SOMO empfahl den Firmen, sich gezielt für bessere soziale Bedingungen in den Abbauländern zu engagieren. Sie müssten ihr Gewicht in die Waagschale werfen, um nachhaltig positiv auf die Produktionsketten einzuwirken.

Cobalt und das Leugnen der Kunden

Neben Mica ist auch Cobalt aufgrund der Energiewende gefragt denn je. Mehr als die Hälfte des Cobalts stammt aus der Demokratischen Republik Kongo (DRK), in der nachweislich auch Kinder den Stoff abbauen. Seit Jahren versucht Amnesty International, die Großabnehmer von Cobalt zur Aufarbeitung der Kinderarbeitsvorwürfe zu

drängen, mit bislang mäßigem Erfolg. Seema Joshi, damals Leiterin der Abteilung Wirtschaft und Menschenrechte, beklagt in einem Lagebericht vom November 2017 die anhaltende Gleichgültigkeit der Konzerne: „Unsere ersten Untersuchungen ergaben, dass von Kindern und Erwachsenen unter entsetzlichen Bedingungen in der DRK abgebaut Cobalt in den Lieferketten einiger der größten Weltmarken auftaucht. Als wir diese darauf ansprachen, waren wir entsetzt, dass viele selbst einfache Fragen zur Herkunft ihres Cobalts nicht beantworten konnten [...]. Auch Zwei Jahre später finden die größten und reichsten Firmen immer neue Ausreden dafür, ihre eigenen Lieferketten nicht durchleuchten zu müssen [...] oder halten intern aufgedeckte Men-



Kinder suchen nach cobalthaltigem Gestein.

Foto: <https://www.amnesty.de>

schenrechtsverletzungen unter Verchluss.“

Im Bereich der Computerindustrie wird im Bericht die Firma Apple positiv hervorgehoben. Zum damaligen Zeitpunkt sah Amnesty International in dem Unternehmen einen Vorreiter, der aktiv gegen Kinderarbeit in den eigenen Lieferketten vor-

geht. Auch DELL und HP wurden für ihre Anstrengungen gelobt. Microsoft und Lenovo strafte man hingegen ab, da sie keine oder nur minimale Informationen zu ihren Cobalt-Lieferanten zur Verfügung stellen. Insbesondere Microsoft hielt sich nicht einmal an die grundlegendsten internationalen Transparenzvereinbarungen. In der Fahrzeugindustrie kritisierte Amnesty sämtliche Firmen. Renault und Daimler schnitten dabei besonders schlecht ab und wollen offenkundig gar nicht wissen, woher genau ihr Cobalt stammt. BMW hatte zumindest oberflächliche, aber intransparente interne Untersuchungen eingeleitet. Joshua Rosenzweig, zum Veröffentlichungszeitpunkt des Berichts Strategieberater für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty International, beschreibt den Interessenkonflikt zwischen Ökologie und Ausbeutung: „Cobalt spielt eine wichtige Rolle für nachhaltige Energielösungen. Es ist Hauptbestandteil der Batterien von Elektroautos und könnte auch eine große Rolle bei der Entwicklung anderer grüner Technologien [...] spielen. Aber die hohe Nachfrage legitimiert nicht Menschenrechtsverletzungen“. Solange die Großkunden von der Problematik aber nichts wissen wollen, wird sich die Lage weiter verschärfen und jeden Morgen werden mehr erschöpfte Familien in die Minen absteigen, damit tausende Kilometer entfernt der nächste Elektro-SUV für das reine ökologische Gewissen der Wohlstandsgesellschaft vom Band rollen kann.

Christian Eisenreich

Was ich davon hatte, die AfD zu wählen

Eine Glosse

Content Note (CN): Mobbing, Antisemitismus, Misogynie, unsensible Sprache

Bei der Landtagswahl in Hessen 2023 hab ich die AfD gewählt. Ich hatte irgendwie das Gefühl, diese Gesellschaft treibt auf nen Abgrund zu, den die Regierungsparteien nicht erkannt ham. Ich hatte das Gefühl, die stürzten sich zu sehr auf eine Menschenrechtspolitik, die halt nicht beachtet, dass wir einen Bundesstaat ham. Und in dem sind Bundesbürger, die Rechte ham. Und wegen all dieser Krisen brauchen wir diese Rechte und diese Unterstützung durch den Staat halt dringend. Wir ham begrenzte Ressourcen und könn die halt nicht teilen mit irgendwelchen andern, die halt nicht zum Staat gehörn.

N paar Bekannte ham die AfD gewählt, weil die Partei ja sagt, dass diese Krisen gar nicht existieren. Die meisten denken ja, dass der Klimawandel nicht existiert oder so. Die AfD hat ja in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 den Klimawandel geleugnet. Ich glaube, nur so 23 Prozent der AfD-Wähler haben damals angegeben, dass sie sich über den Klimawandel Sorgen machen. Ich war da schon auch anderer Ansicht, also von mir aus gibt's den schon. Ich hab die AfD trotzdem gewählt, weil sie halt die einzige Partei war, die dafür ne Lösung gege-



Ein älterer weißer Mann, der als klassischer AfD-Wähler gilt, zeigt ein Schild mit dem Wort „help“, „Hilfe.“

Wie würde die Welt aussehen, wenn die AfD im Bundestag regieren würde?

Foto: Pixabay

Der Protagonist des Textes entspricht nicht der Person der Autorin. Er beruht auf Wahrscheinlichkeiten und Studien und ist fiktiv. Ebenso ist das Geschehen eine vereinfachte Prognose, die nicht danach fragt, wie realistisch die Umsetzung des Wahlprogrammes ist, sondern danach, wie die Auswirkungen aussehen würden. Gleichzeitig würde die Autorin gendern, was sie nicht tat, da der fiktive Charakter dies, den durchschnittlichen AfD-Wähler als Vorbild, ablehnt.

ben hat. Ist mir ja egal, ob da irgendwelche Länder absaufen. Das, was ja bei uns vom Klimawandel ankommt, sind ja Flüchtlinge. Und die AfD hat eben erkannt, dass wir uns jetzt in erster Linie mal um uns selbst kümmern. Da ist mir auch egal, ob die jetzt Klimawandel leugnen oder so, hauptsache die fordern weiterhin geschlossene Grenzen und alles.

Wir haben halt Staaten, also sollten die Regierungen ihren eigenen Staatsbürgern bitte auch als erstes helfen, wenn es solche Krisen gibt. Ich war damals strikt dagegen, dass sich die Regierungskoalition mit ihrem Fokus auf Menschenrechtspolitik mehr um Flüchtlinge gekümmert hat als um ihre eigenen Bürger.

2025 hab ich die AfD dann mit in den Bundestag gewählt. Damit gehörte ich zu den Durchschnittswählern der AfD: mittelalt, vor allem männlich, mein Einkommen ist so mittelhoch. Allein mein Bachelorabschluss reißt mich etwas aus dem Durchschnitt: Die meisten haben eine geringere Bildung, viele der AfD-Wähler warn zum Zeitpunkt der Wahl arbeitslos. Auch komme ich aus Hessen, die meisten Wählerstimmen kamen aber aus den neuen Bundesländern.

Heute, 2028, bin ich mit meiner Familie unterwegs in den Urlaub. Ich stehe im Stau. Diesmal ist es keine Baustelle, die gabs in letzter Zeit oft, die Regierung hat ja richtig viel in den Straßenverkehr investiert. Die Bahn lief halt einfach nich mit den ganzen Verspätungen und so. Gab damals n ganz schönen Stunk von den Woken und so, die wollten

lieber Tempolimit. Diesmal steh ich aber wegen ner Grenzkontrolle. „Liebling?“, fragt meine Frau, „hast du daran gedacht, Geld zu wechseln?“

„Hab ich“, brumme ich, „Aber Mann, war das ein Stress. Wollte halt den österreichischen Schilling, aber die meinten, die Österreicher haben noch den Euro. Dachte echt, die wärn auch schon ausgetreten, naja, war jedenfalls n Hin und Her, das kannste dir nicht vorstellen.“ Generell hatte ich Urlaub nich so stressig in Erinnerung. Ist aber auch der erste Urlaub seit ner ganzen Weile.

Mussten da jetzt echt ne ganze Weile drauf sparen. Unserm Mittelstand geht's nicht gut. Irgendwie hab ich eh das Gefühl, dass die Reichen immer reicher werden. Daran ist natürlich nicht die AfD schuld, sondern die Vorgängerregierungen, das sagt ja die Regierung selbst. Aber meine Tochter sagt, es läge an der Abschaffung der Erbschaftsteuer vorletztes Jahr. Ich glaub aber nich, dass man die Effekte so schnell sehn kann. Generell hat die Partei ja die Steuern gesenkt, also das ist ja auch was Gutes für uns. Die AfD will ja, dass „die Menschen mehr Geld in der Tasche haben, damit sie ihr Leben selbst gestalten können“, das hat zumindest Leif-Erik Holm mal gesagt, 2023, als der noch stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion war.

Neben der Abschaffung der Erbschaftsteuer hatte die Regierung auch den Grundfreibetrag auf das pfändungsfreie Einkommen angehoben, das liegt bei 13.600 Euro.

Wirtschaftsexperten sagen, dass sie unter anderem deswegen mittlerweile von ca. 130 Milliarden Euro Steuerausfällen pro Jahr ausgehen. Was wissen die schon, dafür fördert der Staat explizit Familien wie unsere. Genau deswegen hab ich die gewählt, die fördern unsere Familien. Außerdem ham die das ja auf dem Schirm, deswegen streichen die 21 Milliarden Euro „asylbedingter Kosten“. Es wurden jetzt endlich mal richtig viele Asylbewerber und Migranten abgeschoben. Gab ne richtig aufgeheizte Debatte, viele Demos, richtig krasse Gewalt dabei und so.

Aber jetzt ist das Thema erstmal gegessen. Ich weiß echt nicht, was die alle wollen mit ihrem Mimimi [wird vor allem in Online-Spielen für „übertriebene Aufregung“ verwendet – die Red.] von wegen Familien werden auseinandergerissen oder in der Heimat leiden die dann. Wenn die halt mal alle zurückgehen und sich um ihr eigenes Land kümmern würden, dann hätten die die Probleme ja nicht mehr. Eigentlich tun wir denen ja nen Gefallen und das spart uns richtig viel Geld, damit wir hier halt unsere Probleme lösen können. Ich seh da also in diesen Steuerausfällen kein Problem, die AfD will ja schließlich auch die Schwarze Null halten, das würden sie ja nicht sagen, wenn es nicht möglich wär. Die wissen da schon, was sie tun.

Generell stehts aber grad noch schlecht um die deutsche Wirtschaft. Deutsche Produkte sind wegen dem EU-Austritt im Ausland sehr viel teurer geworden, worunter die deutschen Exporte leiden. Meine Frau hat ihren Job in einem deutschen Unternehmen verloren, das so Plastikkappen für Schrauben herstellt und exportiert. Bevor ich sie kennenlernte, wusste ich nicht mal, was Deutschland alles so für Produkte im Ausland verkauft. Sind wahnsinnig viele. Ich dachte immer, es geht vor allem um Autos. Aber die deutsche Exportwirtschaft ist echt riesig.

Tja, jetzt ist ihr Unternehmen jedenfalls fast pleitegegangen, die

mussten vielen kündigen und so, weil der Export ja nicht mehr so läuft. In Deutschland brauchen wir offenbar nicht so viele Plastikkappen für Schrauben. Und jetzt ist sie arbeitslos. Leider wurde ja das Bürgergeld gekürzt, gib'ts jetzt nur noch sechs Monate. Hatte die AfD auch vorher angekündigt. Fand ich auch gut, ich wollte ja immer, dass diese Sozialschmarotzer nicht auf Kosten meiner Steuergelder leben. Aber meine Frau ist ja nicht so eine. Trotzdem soll die jetzt ab nächstem Monat in dieses Pflichtprogramm zur Arbeit aufgenommen werden.

Die AfD hat ja nie klar formuliert, was das eigentlich ist, aber sie soll jetzt irgend so ne olle Arbeit machen, die sie gar nicht kann. Die AfD sagt, dass sie damit einen Beitrag zum Staatserhalt macht. Meine Tochter findet das nicht, sie sagt, dass mit dem Pflichtprogramm der erhebliche Mangel an Fachkräften ausgeglichen werden soll. Der entstand, weil die Arbeiter ausm Ausland nicht mehr kommen dürfen. Irgendwie hört man jetzt ständig, dass Leute irgendwelche Sachen arbeiten, die sie gar nicht gelernt haben. Erntehilfe und so. Meine Tochter sagt auch, dass die Menschen ausm Ausland, die das vorher gemacht haben, darunter leiden, dass sie jetzt nicht mehr kommen dürfen, aber das interessiert mich nich so.

Seit wir die EU und den gemeinsamen Binnenmarkt verlassen haben, ist die Produktauswahl jedenfalls sehr beschränkt – und der Rest ist auch noch teurer. Mein zwölfjähriger Sohn ist immer noch sauer, weil seine Lieblingsschokolade aus dem Sortiment ist. „Wir haben es damals in Großbritannien beobachtet!“, sagte meine pubertierende Tochter. Ich fand den Austritt damals gut. Gut fand ich auch die Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 12 Prozent vor drei Jahren. Irgendwie trägt das zu den Steuerausfällen bei, aber wie gesagt, das kriegen die schon hin, meiner Meinung nach.

Meine Tochter jedenfalls ist sechzehn und muss trotz des jungen Al-

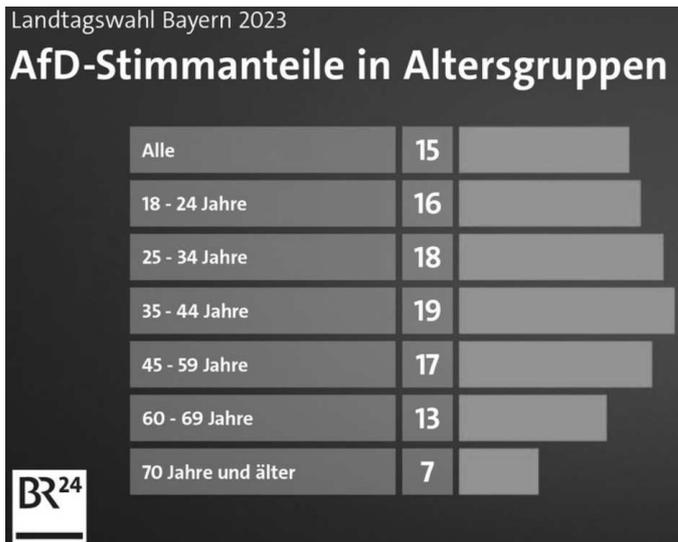


Ein Mann reißt ein Plakat ab, das in Sachsen Wahlwerbung für die AfD macht. Der Verfassungsschutz darf die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall beobachten.

Foto: Pixabay

ters überall ihren Senf dazu geben. Früher war die echt n liebes Mädchen, aber seit die in der Schule angefangen haben, die Lehrpläne anzupassen, hat die sich total radikalisiert. Zuerst hat sie gestört, dass Mädchen wie ihr ständig gesagt wird, dass sie ja eh keine guten Noten bräuchten, weil sie Kinder gebären. Und wenn sie sich beschwert, dann sagen alle, dass es ja nur ein Witz sei, aber meinen es eigentlich wirklich so. Einmal sagte sie im Unterricht, dass es ein großer Fehler gewesen sei, dass die AfD das Gesetz zur Stiefkindadoption in nicht-ehelichen Familien aus dem Jahr 2020 angepasst und die gleichgeschlechtlichen Paare wieder rausgenommen hat.

Die Antwort eines Mitschülers, dass die Familie als Keimzelle aus Vater, Mutter und Kindern bestehe, wurde kommentarlos stehen gelassen, aber ihre Noten ham sich daraufhin echt verschlechtert. Wir ham ihr gesagt, sie soll sowas halt einfach nicht sagen und auf ihre Noten achten. Aber sie hat nur geantwortet, was junge Menschen auf sowas eben so sagen, von wegen,



Die Grafik zeigt, dass die Wählenden der AfD die Asyl- und Flüchtlingspolitik, Kriminalitätsbekämpfung, soziale Gerechtigkeit und bezahlbaren Wohnraum als wichtigste Themen für ihre Wahlentscheidung bei der Landtagswahl in Bayern 2023 nannten.

Quelle: BR

dass die ihre Gedanken nicht kriegen und so. Außerdem seien ihre Noten ihr dann egal, ihre Meinung sei ihr wichtiger. Junge Leute und ihr Temperament, naja. Egal sei ihr aber nicht, dass im Geschichtsunterricht nur Lügen verbreitet würden wegen dieser Nationalsozialismus-Sache. Ich hab ihr gesagt, sie soll das alles mal nich so ernst nehmen, ist ja nur Schule und man kann ja über die Vergangenheit denken, was man will. Ist ja eh vergangen und hat keine Relevanz mehr. Die AfD sagte halt mal, dass sie mit den neuen Lehrplänen wollen, dass die „positiven identitätsstiftenden Aspekte der deutschen Geschichte“ eine größere Rolle in unserer Erinnerungspolitik spielen. Klingt doch gut. Und waren wir nicht alle ein bisschen genervt,

dass diese Nazi-Sache ständig wiederholt wurde? Sie hat nur geschimpft und gesagt, dass ich lüge und sie nicht mehr mit mir reden wird.

Wir kommen endlich an die Reihe, zeigen unsere Pässe vor. „Sie wollen nach Österreich?“, fragt der Polizist mit einem österreichischen Dialekt. „Ja“, antworte ich, und mein Blick schweift auf die Zeitung in seiner Kabine. Es ist eine deutsche Zeitung, die die aktuelle Debatte abbildet. Die Debattenkultur ist aufgeheizter als sonst. Noch mehr als 2023, wo ich dachte, aufgeheizter kann es gar nicht mehr werden. Eigentlich wollte ich mehr Ruhe, aber ich schätze, man kann die Menschen einfach nicht zum Schweigen bringen. Auf jeden Fall stand in dieser Zeitung, wie Deutschland es gerade nicht schafft, aus der Genfer Flüchtlingskonvention auszusteigen. „130 Staaten gegen uns!“, wertet das Blatt. Tatsächlich hatte ich es mir zwar gewünscht, aus dem Flüchtlingsabkommen auszusteigen, es aber für unrealistisch gehalten, weil alle 148 Staaten, die dem Abkommen 1951 beigetreten sind, zustimmen müssen. Mittlerweile macht sich Deutschland international damit sehr unbeliebt.

Der Polizist beginnt einen Smalltalk. Ich höre zunächst nicht recht zu, höre ihn dann aber sagen: „... und deutsche Polizisten haben ja mittlerweile auch ein viel höheres Gehalt. Also das muss man eurer Regierung lassen, man kann ja denken über die, wie man will, allein, dass die keine Koalition bilden müssen, hat mich überrascht. Aber für die Institutionen der inneren Sicherheit machen die echt was. Haben echt viel Geld für ne bessere Ausrüstung ausgegeben, in Polizei und

Militär. Und gleichzeitig steht in dieser Zeitung hier, dass ihr sogar die Schwarze Null schafft. Wie auch immer, diese neuen Sicherheitskameras, die der deutsche Markt jetzt herstellen soll, die würden mich auch mal interessieren. Obwohl ich es schon ulkig finde, dass Deutschland da jetzt eigene herstellt. Ist ökonomisch ja nicht so sinnvoll, gibt ja schon so viele gute und billige auf dem Weltmarkt. Aber tja, das muss dann wohl sein, mit dem EU-Ausstieg und allem.“

Mich nervt die Plauderlaune des Polizisten, doch dann hält er inne, schaut unsere Pässe genau an, gibt sie uns zurück und weist uns an, weiterzufahren, aber langsam. Aus dem Augenwinkel sehe ich im Rückspiegel, dass der Polizist telefoniert. Plaudern, ewig langes Starren auf die Pässe, langsam weiter, Telefonate, kein Wunder, dass das hier alles so lange dauert. Plötzlich erinnere ich mich, was der Polizist über die Schlagzeile in dem Blatt gesagt hat: Unser AfD-Finanzminister wird die Schwarze Null schaffen! Na endlich, gute Neuigkeiten. Ich teile sie so gleich mit meiner Familie.

Meine Frau wirkt abwesend, sie ist in Gedanken bestimmt mal wieder bei ihrer Arbeit. Dann meldet sich meine Tochter zu Wort und ich stöhne genervt auf. „Ja, das habe ich auch gelesen, aber weißt du, wie er das schafft? Der Staat kürzt Leistungen. Und zwar massiv. Gerade wurde bekannt, dass der Zuschuss zur Rentenversicherung gekürzt wird. Und weil sie die Rentenkürzungen nicht verkaufen können, werden die Beitragssätze deutlich erhöht. Ist für nächstes Jahr angekündigt.“ Nun meldet sich auch mein Sohn, der sich sonst eher raushält. „Hm, ich dachte, mit der AfD geht es dem Mittelstand wieder besser? Ich meine ... ich merke davon nix. Wir machen Urlaub in Verdammst-nochmal-Österreich!“, schimpft er.

Plötzlich werde ich aus dem Verkehr gewunken. Drei deutsche Polizisten stehen am Straßenrand und leuchten in unser Auto. Deswegen hat der Polizist eben telefoniert.

Dann ist alles ein bisschen hektisch, ich erinnere mich, dass meine Tochter aufschreit, meine Frau aus dem Wagen springt und anfängt, an dem Polizisten zu rütteln, der gerade meinen Sohn aus dem Auto zieht. Er nennt ihn beim Namen und erklärt ihm, er sei festgenommen worden, während ihm der zweite Polizist irgendwelche Rechte aufführt, die er hat. Ich sehe, wie mein Sohn weint, von uns entfernt wird. Meine Hand zuckt zu der Waffe, die ich offen bei mir führen darf, in Österreich aber versteckt halte. Ich besinne mich rechtzeitig, als der letzte Polizist, der noch bei uns bleibt, mich anspricht.

Aus den Augenwinkeln sehe ich drei weitere Polizisten auf uns zukommen. Er fragt uns, ob wir eine Waffe bei uns trügen. Ich beschließe, ehrlich zu sein, schließlich habe ich einen deutschen Waffenschein. Die AfD fand, dass das Waffenrecht zu restriktiv war, also liberalisierte sie das Gesetz. Ich war nie ein großer Waffenfanatiker, aber um meine Familie zu beschützen, holte ich mir eine. Man hörte ja jetzt immer öfter in den Medien von diesen kriminellen Ausländern. Die Berichterstattung war früher schon gut, aber in den letzten zwei Jahren werden immer mehr Fälle veröffentlicht.

Die Polizisten tauschen einen wissenden Gesichtsausdruck und behalten die Waffe. Beweismittel, sagen sie. „Beweismittel wofür?“, kreischt meine Frau. Aus dem Augenwinkel merke ich, wie meine Tochter beschämt zu Boden schaut. Die Polizisten geben uns keine Auskunft mehr, dafür aber eine deutsche Adresse, bei der wir unseren Sohn sehen könnten. Einer zwinkert uns zu und sagt, dass die Chancen nicht schlecht stehen, er ist ja nicht einer von den „üblichen Kriminellen“. Außerdem würden wir ja aus Thüringen kommen, da sitzen ja am Gerichtshof „die Richtigen“. Damit meinte er wohl, dass die Zahl der Richter erhöht wurde und die neuen Stellen mit AfD-nahen Personen besetzt wurden. Es wurde auch kurz überlegt, eine neue Kammer zu eröffnen, da haben die sich dann aber

dagegen entschieden. Gerade als ich ihn korrigieren und ihm sagen will, dass wir aus Hessen kommen, gehen die Polizisten. Ist ja auch egal, wir steigen ins Auto, und bevor wir losfahren wende ich mich an meine Tochter. „Du weißt was“, sage ich. „Sag es.“

Ich versuche, mir einen Reim auf die Geschichte zu machen. Klar, die Strafmündigkeit wurde 2025 auf 12 Jahre gesenkt, aber ich verstehe nicht, was mein Sohn angestellt haben soll, dass er jetzt an der Grenze abgefangen wird. Meine Tochter blickt mich entsetzt an. Ich merke, dass es ihr schwerfällt, was zu sagen. Doch meine Frau ermuntert sie.

„Naja, er wurde in der Schule gemobbt. Wisst ihr, wegen seinen schwarzen Haaren und der Haken-nase und so. Sie haben immer wieder gesagt, er sei doch ein Jude. Er hat immer gesagt, dass wir keine Juden seien, aber irgendwie wollten sie das wohl nicht glauben. Also hat er irgendwann die Schnauze voll gehabt. Er wusste ja, wo deine Waffe liegt. Er hat sie mit zur Schule genommen. Ehrlich, er wollte niemandem was antun, aber ich hab ihn erwischt und wir haben uns gestritten. Ich hab ihm dann gesagt, wenn er die Kugeln da rausnimmt, dann sag ich es euch nicht. Die Kugeln liegen immer noch in meinem Schreibtisch. Danach weiß ich nichts mehr, aber ich glaube, er hat die Kinder bedroht. Er hatte kein’ Bock, dass wir jetzt als Juden gelten. Sorry, dass wir’s nicht gesagt haben. Aber du hast echt selbst schuld“, schreit sie mich dann an. „Kaufst so ein scheiß Ding und passt nicht mal auf deinen Sohn auf, jetzt, wo du eigentlich noch viel mehr drauf achten musst. Ich wusste, dass wir mit diesem Waffengesetz eine zweite USA bekommen, ich hab’s immer gesagt! Bald findet der erste Amoklauf statt, vor allem, wenn eh schon mehr Jugendliche gemobbt werden, weil sie irgendwie anders aussehen. Ich hab’s euch immer gesagt, diese Partei ist rechtsradikal und du wählst die!“ Ich stutze und schaue sie an. „Aber es ist mir doch egal,

dass die AfD in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht“, denke ich.

Was würde passieren, wenn die AfD regiert?

Dem Satz, es sei egal, ob die AfD in Teilen als rechtsradikal gilt, solange sie bestimmte Themen anspricht, stimmten 85 Prozent der AfD-Wählenden der vergangenen Landtagswahl in Hessen zu. Dieser Artikel soll darauf aufmerksam machen, dass es einen Widerspruch zwischen den Wahlversprechen der AfD und deren Umsetzung gibt. Viele derjenigen, die die Partei wählen, würden im Falle einer Regierungspartei AfD – sowohl in den Landestagen als auch im Bundestag – nicht in der Realität leben, die sie dachten, gewählt zu haben. Eine veränderte Migrations- und Asylpolitik hätte erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das gesellschaftlich-demokratische Klima. Zusätzlich würden mit dem Austritt aus der EU Arbeitsplätze gestrichen, es gäbe höhere Preise und weniger Auswahl. Besonders den Großteil der AfD-Wählenden mit geringem und mittlerem Einkommen würden massive Einsparungen und Steuer-ausfälle, Kürzungen der Sozialleistungen sowie der wirtschaftliche Abstieg des sogenannten Mittelstandes treffen. Die Partei gibt sich liberal, allerdings beschränkt sich dies auf mehr Freiheit für Waffen und hat weniger Freiheit für Reisen, Gerichte oder den Schulunterricht zur Folge. Deutlich steigen würde vor allem die Gewalt in einer rassistischen und misogynen Gesellschaft. Ein Entzauberungseffekt würde wahrscheinlich nicht eintreten, prognostiziert Benjamin Höhne, Politikwissenschaftler der Uni Münster. „Die AfD würde vermutlich alles daran setzen, [...] der Bevölkerung oder ihren Wählerinnen und Wählern zu zeigen, dass sie regieren kann.“ Umso wichtiger ist jetzt die Aufklärung darüber, was passieren würde, wenn die AfD regierte.

Mandy Lüssenbop

Der Nahe Osten – Wiege menschlicher Zivilisation und Brennpunkt aktueller militärischer Konflikte

Versuch eines historischen Überblicks

Der Nahe Osten ist nur aus europäischer Perspektive „nah“. Schon der Name verweist auf die engen Beziehungen zwischen diesen geografischen Räumen, die das Mittelmeer auf dem Seeweg und Kleinasien – die heutige Türkei – auf dem Landweg verbindet. Der Fruchtbare Halbmond, dessen südwestlicher Ausläufer Palästina ist, bildet die Brücke zwischen dem eurasischen und dem afrikanischen Kontinent, und bedeutende Meilensteine der menschlichen zivilisatorischen Entwicklung stammen aus dieser Region: Ackerbau, Viehzucht, Wasserbautechnik, Städte, Stadtstaaten, Großreiche, Schriftlichkeit, Monotheismus.

Palästina im Altertum

Die Geschichte des jüdischen Volkes beginnt in dieser Region und sie ist seit rund zweitausend Jahren eng mit der europäischen historischen Entwicklung verbunden: Es ist das Römische Reich unter Kaiser Titus, das im Jahre 70 unserer Zeitrechnung den Jerusalemer Tempel zerstört und damit die jüdische Diaspora begründet; unter Kaiser Hadrian zerstören römische Truppen als Reaktion auf den jüdischen Aufstand unter Simon Bar Kochba systematisch das jüdische Siedlungsgebiet in der Region und töten oder versklaven viele Juden. Die römische Provinz gewinnt für das Römische Reich an symbolischer und religiöser Bedeutung, als Kaiser Konstantin das Christentum im 4. Jahrhundert u. Z. zur Staatsreligion erklärt, was wiederum für Angehörige anderer Religionen das Leben im Römischen Reich nicht einfacher macht. Bis zum Ende der römischen Herrschaft über Palästina ist Juden das Leben in Jerusalem verboten.

Islamisierung und Arabisierung der Region

Die rasche Ausbreitung des Islam im gesamten Nahen Osten im 7. Jahrhundert bedeutet sowohl eine arabische Einwanderung in die Region als auch den Beginn einer gegenüber der jüdischen Religion toleranteren Haltung als dies unter römischer Herrschaft der Fall gewesen war. Jüdisches Leben und jüdische Kultur kehren zurück und blühen auf.

Die Rückkehr europäischer Mächte in die Region im Zeitalter der Kreuzzüge führt zu militärischen, politischen und religiösen Konflikten. Die Eroberung des fatimidischen Jerusalem durch die Kreuzfahrer im Jahre 1099 mündet in ein Massaker an der islamischen und jüdischen Bevölkerung. Erst die Rückeroberung Jerusalems 1187 durch den Begründer der ayyubidischen Dynastie Salah ad-Din ermöglicht es Juden wieder, in großer Zahl nach Jerusalem zurückzukehren: Der Sultan veranlasst den Zuzug von Juden aus der Region, dem Jemen, dem Maghreb und aus Europa.

Nationalismus und Zionismus

Der Siegeszug der Ideologie des Nationalismus im 19. Jahrhundert hat für die Juden in Europa und im Nahen Osten gravierende Folgen. Antisemitische Ausschreitungen und Pogrome nehmen in vielen Staaten Europas zu und der Charakter des Antisemitismus ändert sich: Bis dahin vorherrschende religiöse und soziale Ideologieformen des Antisemitismus werden von politischen und biologistisch-rassistischen Formen überlagert. Der Nationalismus europäischer Prägung stellt die jahrhundertelange Tradition multiethni-

scher, multikultureller und multireligiöser Gesellschaften in Frage – was in Europa insbesondere die Herrschaft der Habsburger, in Kleinasien und im Nahen Osten die Herrschaft der Osmanen zunehmend delegitimiert und zu Auflösungstendenzen in deren Staatengebilden führt.

Der stärker werdende Nationalismus gefährdet in Europa die rechtlichen und sozialen Errungenschaften der jüdischen Emanzipation: Die im Zuge der Französischen Revolution und der napoleonischen Flurbereinigung in Europa jüdischen Menschen gewährten Bürger- und Menschenrechte stellt ein völkisch begründetes Verständnis der Nation nun wieder in Frage. Eine Konsequenz dieser neuerlichen Erfahrung von Antisemitismus und Diskriminierung ist der moderne Zionismus: 1896 veröffentlicht der jüdische Ungar Theodor Herzl das Buch „Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“. Herzl argumentiert im nationalistischen und kolonialistischen *Framme* seiner Zeit, er definiert das Judentum als Nation und fordert folglich das Recht auf nationale Selbstbestimmung in einem eigenen Nationalstaat. Als Territorium dieses Nationalstaates schlägt er die historische Heimat des jüdischen Volkes vor: Palästina. In wenigen Jahren erwächst aus Herzls publizistischem Impuls eine internationale zivilgesellschaftliche Organisation – die Zionistische Weltorganisation. Ihr Ziel ist die Errichtung einer völkerrechtlich anerkannten nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina. Mithilfe des 1899 in London gegründeten Bankhauses Jewish Colonial Trust (JCT), des 1901 errichteten Jüdischen Nationalfonds und der 1902 als Tochterfirma des JCT etablierten Anglo-Palestine

Bank konnten jüdische Ansiedlungen in Palästina gezielt finanziell gefördert und logistisch unterstützt werden. 1909 wird in der Nähe der historischen Stadt Jaffa das jüdische Tel Aviv gegründet, das bis 1938 auf 150.000 Einwohner:innen anwächst. Die Einwanderung europäischer Juden nach Palästina erfolgt in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg teils mit Duldung, teils mit Unterstützung und teils gegen den Widerstand des Osmanischen Reiches.

Auch in Kreisen arabischer Intellektueller entwickelt die europäische Ideologie des Nationalismus politische Schubkraft. Das Konzept einer arabischen Nation erweist sich als potenter politischer Faktor im Kampf gegen die osmanischen Herrschaftsansprüche im Nahen Osten: Er mobilisiert Intellektuelle und die Massen gleichermaßen, indem er das Bewusstsein einer nationalen und politischen Identität schafft. Aufgrund des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einflusses der europäischen Nationalstaaten, die ihre eigenen Interessen in der Region vertreten, hat die Idee eines panarabischen Nationalstaates keine Chance auf Realisierung – es sind die europäischen Mächte, die am Ende des Ersten Weltkrieges die politische Zukunft des Nahen Ostens bestimmen.

Britische Mandatszeit in Palästina und Judenverfolgung in Europa

Nach dem Untergang des Osmanischen Reiches am Ende des Ersten Weltkrieges werden mit Ausnahme Palästinas die meisten Regionen des Nahen Ostens in den Folgejahren selbstständige Staaten, auch wenn der europäische Einfluss auf diese Staaten nach wie vor stark ist. Palästina, das britische Truppen ab 1917 erobern, wird britisches Mandatsgebiet, was der Völkerbund 1922 bestätigt. Hintergrund dieser Entwicklung sind unter anderem Absprachen zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich während des Ersten Weltkrieges

(Sykes-Picot-Abkommen 1916) und sich einander ausschließende Zusicherungen britischer Diplomaten gegenüber arabischen Herrschern einerseits (Hussein-McMahon-Korrespondenz 1915-16) und der Zionistischen Weltorganisation andererseits (Balfour-Deklaration 1917).

In der Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 erklärt die britische Regierung erstmals ihre Sympathie und Unterstützung für die Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ in Palästina für das jüdische Volk; die Regierung betont in diesem Zusammenhang ihre Überzeugung, dass die Bürgerrechte und Religionsfreiheit der schon in Palästina lebenden nichtjüdischen Bevölkerungsgruppen nicht angetastet werden dürften.

In den 1920er und 1930er Jahren kommt es immer wieder zu gewalttätigen Konflikten zwischen Juden und Arabern um Siedlungsgebiete im britischen Mandatsgebiet: Die zunehmende Verfolgung von Juden in Europa vor und nach dem Ersten Weltkrieg führt zu einer verstärkten jüdisch-zionistischen Auswanderung nach Palästina, vor allem aus Osteuropa. Nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus in Deutschland wird Palästina für einige Jahre zum wichtigsten Fluchttort für jüdische Bürger:innen, die Europa verlassen wollen. Bis Ende 1938 wandern über 200.000 Juden aus West- und Mitteleuropa nach Palästina ein. Als Folge der restriktiven britischen Einwanderungspolitik in das Mandatsgebiet nimmt die illegale Einwanderung stark zu. Aufgegriffene illegale Flüchtlinge werden von der britischen Mandatsverwaltung interniert oder nach Europa zurückgeschickt. Nach Ausbruch des Krieges in Europa ist eine legale Einwanderung nach Palästina bis April 1940 überhaupt nicht mehr möglich. Bis zum Kriegsende in Europa gelingt es nur rund 80.000 Juden, (meist illegal) nach Palästina einzuwandern. 1945 liegt der jüdische Bevölkerungsanteil in Palästina bei knapp einem Drittel der Gesamtbevölkerung. Dieser Anteil steigt in den fol-

genden Jahren nochmals massiv an: Hunderttausende Holocaust-Überlebende, insbesondere osteuropäische Juden, wandern nach Palästina aus, weil ihnen eine Rückkehr aus den Lagern in ihre frühere Heimat unmöglich ist oder als viel zu gefährlich erscheint.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges kündigt Großbritannien an, das Völkerbundmandat für Palästina an die neu gegründete UNO zurückzugeben. Die UNO verabschiedet am 29. November 1947 die Resolution 181, welche die Teilung des vormaligen britischen Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat mit ungefähr gleichem Landanteil sowie Jerusalem als neutraler, internationaler Stadt auf palästinensischem Gebiet vorsieht. Die arabischen Staaten lehnen diese Lösung ab. Die jüdische Selbstverwaltung nimmt den Plan an und David Ben-Gurion, späterer Ministerpräsident Israels, proklamiert am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den unabhängigen Staat Israel.

Gründung des Staates Israel und die arabisch-israelischen Kriege

Am Tag nach der Proklamation des jüdischen Staates beginnt der Angriff der arabischen Staaten Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon und Irak auf Israel, das sich militärisch behaupten kann und Gebiete erobert, die im UN-Teilungsplan den Palästinensern zugesprochen worden waren. Der Staat Israel kontrolliert nun mehr als drei Viertel Palästinas. Der Gaza-Streifen kommt unter ägyptische Verwaltung, die West Bank mit Ost-Jerusalem geht an Jordanien.

Der Palästinakrieg bzw. Israelische Unabhängigkeitskrieg von 1948 heißt im arabischen Sprachgebrauch an-Nakba („die Katastrophe“): Hunderttausende Palästinenser fliehen vor den Kämpfen in arabische Nachbarstaaten oder werden von israelischen Kampfeinheiten dorthin vertrieben. Jordanien nimmt damals und in späterer Zeit rund 700.000 arabische Flüchtlinge aus Palästina

auf, sodass rund die Hälfte der jordanischen Bevölkerung heute palästinensische Wurzeln hat.

Im Oktober 1956 führen Großbritannien, Frankreich und Israel in einer konzertierten Aktion einen Angriffskrieg gegen Ägypten, das wenige Monate zuvor den Suez-Kanal verstaatlicht hatte, um sich britischer wirtschaftlicher und politischer Repression zu entziehen. Israel greift Ägypten auf der Halbinsel Sinai und im Gaza-Streifen an und besetzt dort Gebiete. Die USA und die Sowjetunion fordern mit Hilfe der UNO erfolgreich ein Ende der Kampfhandlungen und den Rückzug der israelischen, britischen und französischen Truppen aus den besetzten Gebieten.

Im Sechs-Tage-Krieg von 1967, mit dem Israel einem geplanten Angriff mehrerer arabischer Staaten zuvorkommt, erobert Israel die West Bank mit Ost-Jerusalem, den Gaza-Streifen, die ägyptische Sinai-Halbinsel und die syrischen Golan-Höhen. Nach der verheerenden Niederlage der arabischen Staaten entwickelt die palästinensische Fatah-Bewegung unter der Führung von Jassir Arafat die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zum zentralen Instrument des Widerstands gegen die Besatzung. Seit 1974 wirbt Arafat für einen palästinensischen Staat in der West Bank und im Gaza-Streifen mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Der UN-Sicherheitsrat verlangte 1967 in seiner Resolution 242 den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und fordert alle Staaten auf, die politische Unabhängigkeit der Staaten der Region zu respektieren und deren Recht zu akzeptieren, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen und frei von Bedrohungen zu leben.

Im Jom-Kippur-Krieg (Oktoberkrieg), der 1973 von Ägypten und Syrien gegen Israel geführt wird, gibt es auf beiden Seiten militärische Erfolge und Rückschläge, bis der Krieg unter dem Druck der US-amerikanischen Regierung beendet wird. Direkt nach Kriegsende beginnt Israel mit dem Bau von Sied-

lungen auf dem besetzten Teil der Halbinsel Sinai.

Die Epoche der Diplomatie und der Intifada

Das vom US-amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter vermittelte Camp-David-Abkommen von 1978 ist das erste Friedensabkommen, das zwischen dem Staat Israel und einem arabischen Staat, nämlich Ägypten, geschlossen wird. Der im Jahr darauf geschlossene Friedensvertrag zwischen beiden Staaten bringt Israel die diplomatische Anerkennung durch den größten arabischen Staat; im Gegenzug verpflichtet sich Israel zum militärischen Rückzug aus der Halbinsel Sinai und zum Rückbau der dort völkerrechtswidrig errichteten jüdischen Siedlungen.

Im Juni 1982 marschieren israelische Truppen im Libanon ein, um die politische und militärische Infrastruktur der PLO dort zu zerschlagen. Die Invasion ist eine Reaktion auf die Ermordung des israelischen Botschafters in Großbritannien und auf Angriffe der PLO auf Siedlungen im Norden Israels. Im Zuge der Invasion kommt es auch zu israelischen Angriffen auf syrische Truppen, die im Libanon stationiert sind. Die US-Regierung erwirkt einen Waffenstillstand zwischen Israel und Syrien und der PLO. Israel erreicht aber sein Ziel, die PLO aus dem Libanon zu vertreiben: Nach einem Evakuierungsplan müssen Tausende palästinensische Kämpfer sowie die PLO-Führung aus Beirut abziehen. Mitte September kommt es in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila in West-Beirut zu einem Massaker, dem mehrere Tausend Menschen, vorwiegend Frauen, Kinder und Alte, zum Opfer fallen. Verantwortlich für das Massaker sind christliche libanesische Milizen, deren Angriff auf die Lager jedoch von israelischen Truppen ermöglicht wird. Das Blutbad beschädigt Israels Ansehen auch in der westlichen Welt und führt auch in Israel zu Massenprotesten, bei denen der

Rücktritt des Verteidigungsministers Ariel Scharon verlangt wird. Die UN-Generalversammlung bewertet am 16. Dezember 1982 die Massaker in Sabra und Schatila als Genozid. 1983 schließen Israel und der Libanon einen Friedensvertrag; Israel besetzt Teile des südlichen Libanon, um den Norden Israels vor zukünftigen Angriffen zu schützen. Der endgültige Rückzug aus dem Libanon erfolgt im Jahr 2000.

Im Dezember 1987 beginnt die erste „Intifada“ – eine mehrjährige Rebellion palästinensischer Bürger:innen gegen die israelische Besatzungsmacht. Während der Intifada entsteht mit der Hamas, einem Ableger der ägyptischen national-religiösen Muslimbruderschaft, eine islamistische Konkurrenz für die säkulare PLO. Am 15. November 1988 proklamiert die PLO im Exil den Staat Palästina. In einem Zusatzdokument erkennt sie die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates von 1967 und damit indirekt das Existenzrecht Israels an. Am 13. Dezember 1988 akzeptiert Arafat vor der UN-Vollversammlung eine Zwei-Staaten-Lösung.

Auf der Nahost-Konferenz 1991 in Madrid wird der Konflikt erstmals zum Gegenstand direkter Verhandlungen zwischen der israelischen Regierung und Vertreter:innen der Palästinenser. Die in Oslo ausgehandelte und 1993 in Washington unterzeichnete Prinzipienklärung schafft den Rahmen für die Errichtung der palästinensischen Autonomie und birgt die Hoffnung auf Frieden. Die PLO wird von der internationalen Staatengemeinschaft nicht länger als Terrororganisation angesehen. Besonders schwierige Streitfragen (Grenzen, Jerusalem, Siedlungen, Sicherheit, Geflohene) bleiben jedoch ungelöst. Dieser Friedensprozess wird durch die andauernde völkerrechtswidrige Errichtung jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten und durch Anschläge palästinensischer Selbstmordattentäter untergraben – sowie durch die Ermordung von Jitzchak Rabin durch einen jüdisch-religiö-

sen, rechten Fundamentalisten am 4. November 1995. Der israelische Ministerpräsident Rabin und sein Außenminister Schimon Peres standen für den Friedensprozess mit der PLO. Bei den Wahlen in Israel im darauffolgenden Jahr 1996 gewinnt ein rechtsgerichtetes Bündnis unter der Führung Benjamin Netanyahus die Mehrheit in der Knesset, und Netanyahu wird erstmals zum Ministerpräsidenten des Staates Israel gewählt. Unter der neuen Regierung sind die israelisch-palästinensischen Beziehungen von gegenseitigem Misstrauen geprägt und das Oslo-Abkommen verliert zunehmend an Bedeutung.

Dennoch kommt es 1996 wie in Oslo vereinbart zur Errichtung der palästinensischen Autonomie; im Westjordanland gibt es drei verschiedene Zonen mit unterschiedlichen Graden an Selbstverwaltung: Die großen Städte mit Ausnahme Hebrons sind vollständig von den Palästinensern kontrolliert (Zone A). Die Zone B steht unter gemeinsamer palästinensischer und israelischer Regie. Jüdische Siedlungen und unbewohntes Gebiet mit israelischen Militärstützpunkten bleiben in der ausschließlichen Kontrolle Israels (Zone C).

Im Juli 2000 können sich der israelische Premier Ehud Barak und PLO-Chef Jassir Arafat in Camp David nicht auf die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge und auf eine Lösung der Jerusalem-Frage einigen. Israel lehnt eine Rückkehr der rund 700.000 geflohenen oder vertriebenen Palästinenser bzw. deren Nachfahren in ihre Heimat strikt ab. Gleichzeitig wandern in den 1990er Jahren mehr als 750.000 Menschen aus den Nachfolgestaaten der UdSSR, die sich als Juden definieren, nach Israel ein und erhalten die Staatsbürgerschaft.

Die ohnehin angespannte Lage eskaliert, als am 28. September 2000 der israelische Oppositionsführer Ariel Scharon den Tempelberg besucht – in den Augen der Palästinenser eine Provokation. Die Spannungen gipfeln im Herbst 2000 in der

„zweiten Intifada“, was zum Abbruch der Verhandlungen zwischen Israel und der PLO führt.

Der internationale Friedensplan „Road Map“ von 2003, der die Gründung eines Staates Palästina bis Ende 2005 vorsieht, scheitert, weil keine Einigung über das Gebiet der West Bank erzielt werden kann. In der Folge errichtet Israel eine mehrere Hundert Kilometer lange Sperranlage zum Westjordanland. Zäune und Mauern verlaufen zum Teil auf palästinensischem Gebiet. Gegen den Widerstand der israelischen Siedler lässt die israelische Regierung im August 2005 alle Siedlungen im Gaza-Streifen räumen und zieht die israelischen Besatzungstruppen ab.

Die Hamas, die Regierungen Netanyahu und das faktische Ende der Zwei-Staaten-Lösung

2007 gewinnt die islamistische Hamas bei demokratischen Wahlen zum palästinensischen Legislativrat die absolute Stimmenmehrheit. Es kommt zur Bildung einer Einheitsregierung unter Beteiligung der Fatah, die bereits nach drei Monaten im Juni wieder aufgelöst wird. In einem palästinensischen Bürgerkrieg und blutigen Machtkampf verschafft sich die islamistische Hamas die Regierungsmacht im Gaza-Streifen, die Autonomie-Verwaltung im Westjordanland bleibt (bis heute) unter der Kontrolle der Fatah.

Am Tag vor der Parlamentswahl 2015 kündigt der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu an, dass es keinen Palästinenserstaat geben werde, solange er Regierungschef ist. Netanyahu gewinnt die Wahlen und erklärt am Tag seines Wahlsieges, er halte unverändert an einer „dauerhaften Zweistaatenlösung“ fest, allerdings hätte sich dafür der Kontext geändert. Es gibt immer wieder Terroranschläge der Hamas auf israelischem Staatsgebiet.

Am 23. Dezember 2016 verabschiedet der UN-Sicherheitsrat ohne Gegenstimme die Resolution 2334,

in welcher er bekräftigt, dass jüdische Siedlungen im besetzten Westjordanland und in Ost-Jerusalem keine rechtliche Gültigkeit besitzen und eine eindeutige Verletzung des Völkerrechts darstellen.

Im Mai 2017 veröffentlicht die Hamas einen neuen „politischen Fahrplan“. Darin ändert sie ihre Gründungscharta, kündigt einen moderateren Kurs an und impliziert die Möglichkeit einer Anerkennung des Staates Israel. Sie strebt nun einen Staat Palästina in den Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt an. Dies ist eine klare Abkehr vom bis dahin angestrebten Ziel eines Palästinas „vom Mittelmeer bis zum Jordan“, also der Vernichtung Israels. Zudem kappt sie die Verbindungen zur ägyptischen Muslimbruderschaft.

Im Dezember 2017 verkündet US-Präsident Donald Trump den Umzug der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem. Die Entscheidung stößt international auf heftige Kritik. Im März 2018 findet ein „Marsch der Rückkehr“ statt, dabei handelt es sich um wochenlange Demonstrationen von palästinensischen Aktivisten am Grenzzaun zwischen Israel und dem Gaza-Streifen für das Recht palästinensischer Flüchtlinge auf Rückkehr ins Gebiet des heutigen Israel. Nach Vereinnahmung der Protestaktion durch die Hamas gegen den Willen der Aktivisten und entsprechender öffentlicher Aufrufe schließen sich Hunderte vor allem junge Palästinenser aus dem Gaza-Streifen an. Es kommt zu Angriffen auf israelische Grenzsoldaten mit Steinen und Molotowcocktails und schließlich auch einem Maschinengewehr sowie Handgranaten. Die sich verteidigenden israelischen Grenzsoldaten erschießen an diesem Tag mehrere Palästinenser, Hunderte Menschen werden verletzt. Zwei Monate später eröffnet die US-Botschaft in Jerusalem, und die USA erkennen damit Jerusalem als die Hauptstadt Israels an. Aus diesem Anlass kommt es erneut zu zunächst friedlichen, später gewalttätigen Protesten an

der Grenze. Die israelische Armee eröffnet das Feuer mit scharfer Munition, es gibt Tote und Verletzte. Diese heftige Reaktion führt zu massiver Kritik zahlreicher Staaten an Israel, mehrere europäische Regierungen bestellen israelische Diplomaten ein, die Türkei zieht ihren Botschafter ab.

2019 erkennt US-Präsident Donald Trump die seit 52 Jahren von Israel annektierten syrischen Golan-Höhen formell als Staatsgebiet Israels an. Im Dezember desselben Jahres erklärt die Chefanklägerin beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), Fatou Bensouda, sie habe genügend Beweise, um gegen Israel wegen seiner Politik in den besetzten Gebieten, in Gaza und in Ost-Jerusalem wegen möglicher Kriegsverbrechen zu ermitteln, sofern der Gerichtshof sich hierfür zuständig erkläre. Zudem würde sie mögliche Kriegsverbrechen, Folter und Tötungen der Hamas untersuchen. Israel weist eine Zuständigkeit des IStGH für die palästinensischen Gebiete scharf zurück. Palästinenservertreter und israelische NGOs wie B'Tselem loben die Erklärung und weisen Israels Argumentation, der IStGH habe trotz Palästinas Unter-

zeichnung der IStGH-Statuten keine Zuständigkeit für die palästinensischen Gebiete, zurück.

Im Januar 2020 präsentieren US-Präsident Donald Trump und der israelische Regierungschef Benjamin Netanyahu einen Nahost-Friedensplan. Die Palästinensische Autonomieregierung lehnt den Plan unter anderem deshalb ab, weil von den Palästinensern wesentlich größere Zugeständnisse gefordert würden als von Israel.

Im Mai 2021 kommt es in Israel zu schweren Zusammenstößen zwischen israelischen Sicherheitskräften und Palästinensern auf dem Tempelberg und in der Al-Aksa-Moschee, Hunderte Palästinenser werden dabei von der israelischen Polizei verletzt. Aus dem Gaza-Streifen feuert die Hamas aus Rache für die Verletzten Raketen auf Israel ab, das wiederum mit Luftangriffen auf Stellungen der Hamas reagiert. Dabei werden in Gaza mehrere Palästinenser getötet. Israel mobilisiert 5000 Reservisten und startet den Militäreinsatz „Hüter der Mauern“, mit dem Ziel, durch massive Luftangriffe die militärischen Kapazitäten der Hamas zu verringern. Innerhalb von elf Tagen reagieren die Hamas

und der islamische Dschihad auf die Luftangriffe mit Gegenbeschuss (4300 Raketen). Den Großteil der Raketen kann Israel mit dem Rakenschutzschirm Iron Dome abfangen.

Ende Dezember 2022 wird Benjamin Netanyahu erneut israelischer Ministerpräsident. Seine Koalitionsregierung wird von unabhängigen Beobachtern im In- und Ausland als in Teilen religiös-fundamentalistisch und rechtsextrem-rassistisch angesehen. Der aktuelle Minister für die Nationale Sicher-

heit Israels ist Itamar Ben-Gvir. Er ist Vorsitzender der Partei Otzma Yehudit und wurde 2007 von einem israelischen Gericht wegen rassistischer Aufhetzung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt.

Der jüngste Angriff der Hamas auf Israel

Am 7. Oktober 2023 kommt es bei einem Terrorangriff der Hamas (unter anderem auch auf dem Gelände eines Musikfestivals) zur größten Opferzahl bei einem Terrorangriff in Israel überhaupt und damit auch zum größten Angriff auf jüdisches Leben seit der Schoah. Es kommt zu Entführungen und grausamen Hinrichtungen durch Kämpfer der Hamas. Israel ruft den Kriegszustand aus und reagiert mit einer massiven und andauernden Bombardierung des Gaza-Streifens. Der israelische Verteidigungsminister Jo'aw Galant sagt am 9. Oktober nach einer Lagebeurteilung in der Stadt Beer Sheva (laut der Zeitung Jüdische Allgemeine vom 09.10.23): „Ich habe eine vollständige Belagerung des Gaza-Streifens angeordnet. Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff. Alles ist geschlossen. [...] Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und wir handeln entsprechend.“ Die schiitische Hisbollah-Miliz greift zur Unterstützung der Hamas seit Wochen vom Libanon aus verstärkt Ziele im Norden Israels an, bei diesen Angriffen sterben Dutzende Zivilisten.

Es kommt zu Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte auf allen Seiten. Die Leidtragenden diesseits und jenseits der israelischen Grenzen sind Menschen, die in ihrer überwiegenden Mehrheit selbst keine Gewalt angewendet haben.

Redaktion

Quellen: Bayerischer Rundfunk, Bundesregierung, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Wikipedia, Jüdische Allgemeine.

Veranstaltungshinweis

Unsichtbar - in der Mitte der Gesellschaft? Gesicht zeigen gegen Antisemitismus!



Ein Kunstprojekt von Peter Krullis und
Lissi Maier-Rapaport

Die bereits im Landratsamt in Tübingen gezeigte
Ausstellung wurde erweitert und ist vom 13.11.2023
bis 16.2.2024 in Tübingen im
Theologicum, Universität Tübingen,
Liebermeisterstr. 12 zu sehen.

Amnesty International ruft dazu auf, sich am alljährlichen weltweiten **Briefmarathon** zu beteiligen. Wir stellen hier drei von zehn Fällen vor. Die anderen finden Sie unter www.amnesty.de/amnesty-briefmarathon

KIRGISISTAN:

Menschenrechtsverteidigerin drohen 15 Jahre Haft

Aus Sorge um die Wasserversorgung ihres Landes, hat sich Rita Karasartova friedlich gegen ein Grenzabkommen gewehrt, auf dessen Grundlage dem Nachbarland Usbekistan die Kontrolle über ein Süßwasserreservoir übertragen wurde.

Im Oktober 2022 änderte sich ihr Leben radikal: Die kirgisischen Sicherheitskräfte hielten sie monatelang in einer engen Zelle fest. Ihr wurde der Zugang zu medizinischer Versorgung verwehrt und sie konnte ihre Familie weder sehen noch sprechen. Seit ihrer Entlassung steht sie unter Hausarrest und hat eine strenge Ausgangssperre. Der Prozess gegen sie dauert an.

Rita Karasartova ist Menschenrechtsverteidigerin und Expertin für Bürgerbeteiligung. Seit über zehn Jahren führt sie unabhängige Rechtsberatungen durch und hilft Menschen, deren Rechte durch ein korruptes und unfaires Rechtssystem verletzt wurden.

Rita Karasartova und 26 weitere Menschen sind wegen des Versuchs eines „gewaltsamen Umsturzes der Regierung“ angeklagt, worauf eine Höchststrafe von 15 Jahren Haft steht. Die Gruppe hatte lediglich zu einer friedlichen Demonstration gegen das Grenzabkommen aufgerufen und von der Regierung Transparenz gefordert. Wasser ist eine knappe Ressource in der Region. Rita Karasartova und andere Menschen befürchten, Usbekistan könne den Zugang zu Wasser einschränken oder blockieren.



Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe an den kirgisischen Generalstaatsanwalt und fordern Sie, dass Rita Karasartova sofort aus dem Hausarrest entlassen wird, alle Anklagen gegen sie fallen gelassen werden und sie ihre Menschenrechtsaktivitäten ohne Angst vor Repressalien ausüben kann.

Schreiben Sie in gutem Kirgisisch, Russisch oder auf Deutsch an:

General Prosecutor
A. Toktonaliev Street 139
Bischkek
720040
KIRGISISTAN
(Standardbrief Luftpost bis 20g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Kirgisischen Republik
S.E. Herr Omurbek Tekebaev
Otto-Suhr-Allee 146
10585 Berlin

Briefvorschlag:

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

ich fordere Sie auf, die Menschenrechtsverteidigerin Rita Karasartova unverzüglich und bedingungslos aus dem Hausarrest zu entlassen und alle Anklagen gegen sie fallenzulassen.

Rita Karasartova wird verfolgt, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit wahrgenommen hat. Die Behörden müssen ihr erlauben, ihre legitimen Menschenrechtsaktivitäten ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen auszuüben.

Mit freundlichen Grüßen

Zeigen Sie Rita Karasartova, dass sie nicht allein ist! Senden Sie ihr Botschaften der Freundschaft und Solidarität:

Rita Karasartova
c/o Civic Initiatives
Abdrakhmanova 204
Office 14
Bishkek
710040
KIRGISISTAN

Sie können ihr auch eine Mail an freedomrita@protonmail.com schicken oder ihr über Facebook mit dem Hashtag #W4R23 schreiben.

USA:

Facebook wegen der Gräueltaten gegen die Rohingya verklagt



Der 22-jährige Rohingya Maung Sawyedollah war 15 Jahre alt, als sein Leben 2017 auf den Kopf gestellt wurde: Das Militär von Myanmar vertrieb die Rohingya gewaltsam aus dem Land. Tausende wurden getötet, vergewaltigt, gefoltert und ihre Dörfer wurden niedergebrannt. Auch Maung Sawyedollah und seine Familie mussten fliehen. Seitdem leben sie im Flüchtlingslager Cox's Bazar in Bangladesch.

Inzwischen möchte Sawyedollah Anwalt werden und fordert Gerechtigkeit für seine Gemeinschaft. Neben seinem Studium setzt er sich dafür ein, dass der Technologiekonzern Meta, dem Facebook gehört, die Verantwortung für seinen Beitrag zu den brutalen Gewalttaten an den Rohingya übernimmt. Hassnachrichten und Gewaltaufrufe auf Facebook gossen Öl ins Feuer der langjährigen Diskriminierung und begünstigten die Gewalt des myanmarischen Militärs erheblich. „Ich glaube, dass wir aufgrund vieler verschiedener Akteure, einschließlich Facebook, in dieser Hölle leben. Facebook hat Milliarden Dollar. Wir bitten nur um ein bisschen, um den Rohingya-Studenten in diesen Flüchtlingslagern eine Chance zu geben.“

Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe an den Meta-Chef Mark Zuckerberg und fordern Sie, dass Meta Wiedergutmachung für Maung Sawyedollah und die betroffenen Rohingya-Gemeinden leistet und Bildungsprogramme finanziert, da das Unternehmen es ermöglicht hat, dass Hass und Diskriminierung auf Facebook wuchsen und verbreitet wurden.

Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:

Mark Zuckerberg
Meta CEO
1 Hacker Way
Menlo Park, CA 94025
USA

(Standardbrief Luftpost bis 20g: 1,10 €)

Briefvorschlag:

Sehr geehrter Herr Zuckerberg,

ich fordere Sie auf, die Verantwortung für den Beitrag Ihres Unternehmens zu den Gräueltaten gegen das Volk der Rohingya in Myanmar zu übernehmen. Hassnachrichten, Gewaltaufrufe und Diskriminierung von Rohingya haben sich durch Metas Algorithmen auf Facebook verbreitet, dadurch langjährige Diskriminierung angeheizt und die Gewalt des myanmarischen Militärs erheblich begünstigt.

Der heute 22-jährige Maung Sawyedollah und seine Familie waren 2017 gezwungen, aus Myanmar zu fliehen. Da Meta es ermöglicht hat, dass Hass und Diskriminierung gegen die Rohingya auf Facebook immer mehr Verbreitung fanden, fordern Sawyedollah und seine Gemeinde Ihr Unternehmen auf, Entschädigungen zu zahlen und Bildungsprogramme im Flüchtlingslager Cox's Bazar in Bangladesch, wo sie jetzt leben, zu finanzieren. Sawyedollah hofft, dass Bildung helfen kann, das zerstörte Leben der Menschen in seiner Gemeinde wieder aufzubauen.

Mit freundlichen Grüßen

Zeigen Sie Maung Sawyedollah, dass er in seinem Kampf um Gerechtigkeit für die Rohingya nicht allein ist. Senden Sie ihm Solidaritätsbotschaften:

Maung Sawyedollah
c/o Amnesty International South Asia Regional Office 23/2 Horton Place
Colombo 7
SRI LANKA

Sie können ihm auch auf X (ehemals Twitter) @M_Sawyed mit dem Hashtag #W4R23 schreiben.

TUNESIEN:**Vor Gericht, weil sie für Menschenrechte kämpft**

Chaima Issa, Tochter eines ehemaligen politischen Gefangenen, hat den tunesischen Präsidenten Kais Saied öffentlich kritisiert. Als der Präsident im Juli 2021 das Parlament auflöste, den Premierminister entließ und unter Berufung auf Notstandsbefugnisse die Kontrolle über das Land übernahm, war Chaima Issa eine der ersten, die sich ihm öffentlich widersetzte. Seit seiner Machtergreifung ist die Situation der Menschenrechte in Tunesien gefährdeter denn je: Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird angegriffen, Militärgerichte gehen gegen Regierungskritiker vor, und das Rechtssystem hat seine Unabhängigkeit verloren.

Nachdem sich Chaima Issa mit ausländischen Diplomaten und tunesischen Oppositionellen getroffen hatte, um die politische Lage in Tunesien zu erörtern, wurde sie im Februar 2023 festgenommen. Nach mehr als vier Monaten willkürlicher Inhaftierung kam sie im Juli 2023 frei. Doch das Gerichtsverfahren läuft noch, die Behörden haben ihr verboten, ins Ausland zu reisen und „in öffentlichen Räumen aufzutreten“. Ein Militärgericht, dem es an Unabhängigkeit mangelt, ermittelt außerdem gegen Chaima Issa, weil sie die Behörden in einer Radiosendung kritisiert hat. Ihr drohen bis zu zehn Jahre Gefängnis.



Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe an den tunesischen Präsidenten und fordern Sie, Chaima Issa sofort freizulassen und alle Anklagen sowie sonstige Beschränkungen gegen die politische Aktivistin fallenzulassen.

Schreiben Sie in gutem Französisch oder auf Deutsch an:

Präsident von Tunesien Kais Saied
c/o Botschaft von Tunesien in Deutschland
Lindenallee 16
14050 Berlin
(Standardbrief Luftpost bis 20g: 1,10 €)

Briefvorschlag:

Exzellenz,

ich bitte Sie, unverzüglich alle Anklagen und Auflagen gegen die politische Aktivistin Chaima Issa fallen zu lassen. Gegen sie wird wegen angeblicher „Verschwörung“ ermittelt, nachdem sie sich mit tunesischen Oppositionellen und ausländischen Diplomaten getroffen hatte. Daneben ermittelt ein Militärgericht gegen Chaima Issa, weil sie in einer Radiosendung die Behörden kritisiert hatte. Ihr drohen bis zu zehn Jahre Gefängnis, nur weil sie friedlich ihre Meinung geäußert hat.

Die Menschenrechtssituation in Tunesien hat sich verschlechtert, vielen Gerichten fehlt es an Unabhängigkeit, und das Recht auf freie Meinungsäußerung wird angegriffen. Ich fordere Sie auf, von weiteren Maßnahmen abzusehen, die die Menschenrechte gefährden, und sich für die Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen Tunesiens einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Zeigen Sie Chaima Issa, dass sie nicht allein ist. Senden Sie ihr Solidaritätsnachrichten:

Chaima Issa
c/o Amnesty International
Tunis Regional Office
24 Rue du Livre, Lac 2
Tunis
TUNESIEN

Sie können ihr außerdem auf X (ehemals Twitter) @IssaaChaima mit den Hashtags #FreeChaima und #W4R23 schreiben.

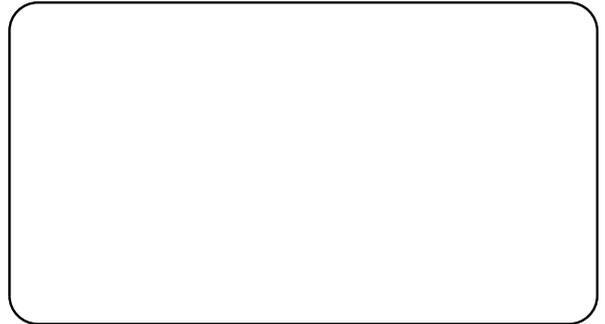
Mitleid allein hilft nicht!



So können Sie zur Freilassung von gewaltlosen politischen Gefangenen beitragen und sich gegen Folter und Todesstrafe engagieren:

- als aktives Mitglied einer Gruppe
- durch Briefe schreiben („Briefe gegen das Vergessen“, Eilaktionen, s.u.)
- durch finanzielle Unterstützung

Einzelspenden bitte an das Konto: Bank für Sozialwirtschaft - Spendenkonto: IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00; BIC: BFSWDE33XXX (Kto. 80 90 100; BLZ 370 205 00), bitte unter Angabe der Gruppen-Nummer 1322 (oder anderer Gruppen-Nummer, s. unten) oder **regelmäßige finanzielle Unterstützung** (s. Förderer-Erklärung)



Bei Adressänderungen bitte unbedingt den alten Adressaufkleber mitschicken!



Infocoupon

Ich möchte

- weitere Informationen über Amnesty International
- die ANKLAGEN regelmäßig erhalten
- an der Aktion „Briefe gegen das Vergessen“ teilnehmen
- an Eilaktionen teilnehmen
- aktiv mitarbeiten
- an der „Tübinger Aktion“ teilnehmen (Briefaktion zu verschiedenen Ländern)

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Falls möglich, bitte E-Mail-Adresse angeben (zur kostengünstigen Zusendung der Briefe):

Bitte den Coupon ausschneiden und einsenden an:

Amnesty International
ANKLAGEN-Redaktion
Wilhelmstr. 105
72074 Tübingen

Förderer-Erklärung

Ich möchte die Arbeit von Amnesty International finanziell unterstützen. Um die Verwaltungskosten möglichst gering zu halten, bin ich damit einverstanden, dass der unten angegebene Betrag im Lastschriftverfahren erhoben wird. Ich erteile folgende EINZUGSERMÄCHTIGUNG an Amnesty International, Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin:

IBAN:

BIC:

Betrag: EUR

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Ort/Datum:

Zahlungsweise: monatlich

vierteljährlich

jährlich

Datum/Unterschrift:

Verwendung für Gruppe 1322 (oder andere Gruppe angeben, s. unten):

.....

Ab einem Förderbeitrag von 84,- Euro pro Jahr erhalten Sie alle zwei bis drei Monate das Menschenrechtsmagazin AMNESTY JOURNAL.



Albstadt, Gruppe 1508
Hedi Abel
Hunsrückstr. 1
72458 Albstadt 1
Tel. 07431 4715
www.ai-albstadt.de

Göppingen, Gruppe 1110
Claus Fischer
Stuifenstr. 8
73104 Börlingen
clausrfischer@googlemail.com

Herrenberg, Gruppe 1635
Amnesty International
Stuttgarter Str. 12
71083 Herrenberg
Tel. 07452 75219
www.amnesty-herrenberg.de

Tübingen, Gruppe 1322
Amnesty International
Wilhelmstr. 105
72074 Tübingen
www.amnesty-tuebingen.de
info@amnesty-tuebingen.de

Esslingen, Gruppe 1350
Gunther von Kirchbach
Barbarossastraße 50
73732 Esslingen
Tel. 0711 375409
info@amnesty-es.de

Hechingen, Gruppe 1545
Francoise Schenkel
Reuteweg 33
72417 Jungingen
Tel. 07477 8611

Nürtingen, Gruppe 1651
Wolfgang Altenpohl
www.amnesty-nuertingen.de
info@amnesty-nuertingen.de

Villingen-Schwenningen,
Gruppe 1236
Caroline Weber
Berliner Platz 1
78048 VS-Villingen
Tel. 07721 9169272
www.ai-villingen-schwenningen.de
carolina.weber60@yahoo.de

Rottweil, Gruppe 1548
Oliver Stenzel
Neckarstr. 54
78628 Rottweil
beglueckt@t-online.de

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

